54. JAHRGANG · NUMMER 1/2 · 20. APRIL 2013 · EUR 2,00

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

■ STREIK BEI NEUPACK VERPACKUNGEN

Ein Einzelunternehmen fordert die deutschen Gewerkschaften heraus

Nach 180 Tagen Arbeitskampf ist für die etwa 110 Streikenden (von ca. 200 Beschäftigten) der Firma Neupack ein Erfolg des Kampfes um einen Haustarifvertrag nicht in Sicht. Die Hamburger Kaufmannsfamilie Krüger, Eigentümer des mittelständischen Unternehmens »Neupack Verpackungen« mit Produktionsstätten in Hamburg-Stellingen und Rotenburg (Wümme), trotzt allen Bemühungen der 675.000 Mitglieder zählenden Gewerkschaft »IG Bergbau, Chemie, Energie«, endlich auch in diesem Betrieb als Tarifpartner anerkannt zu werden. Auch die 187.000 organisierten Gewerkschaftsmitglieder des DGB Hamburg, in deren Namen Uwe Grund seine Solidarität versichert, verunsichern die Krüger-Familie nicht.

Unternehmenssprecher Lars Krüger lehnt einen Tarifvertrag mit der IG BCE kategorisch ab, dieser würde seinem Unternehmen die notwendige Flexibilität rauben (im harten Wettbewerb als Zulieferer des Lebensmitteleinzelhandels, darf man wohl ergänzen), zu Zugeständnissen bei Lohn und Arbeitszeit sei das Unternehmen allerdings bereit. Doch hier will die Mehrheit der nach einer Urabstimmung unbefristet Streikenden (bis 24.01.2013) dem Unternehmer nicht mehr folgen. Sie haben vielfach böse Erfahrungen mit der Geschäftsleitung von Neupack und nicht gehaltenen Versprechungen des Unternehmers gemacht, deshalb fordern sie jetzt einen Tarifvertrag.

Die Einrichtung eines selbstständigen Betriebsrats wurde lange Zeit seitens der Eigentümer hintertrieben: Als sich 2003 ein Betriebsrat zu etablieren versuchte, wollte Neupack das zunächst mit allen Mitteln verhindern. Als das nicht gelang, schickte man dem Unternehmer hörige Leute in die Wahlen, die auch anfangs die Mehrheit bekamen. Erst als diese sich unfähig bzw. unwillig erwiesen die Interessen der Mehrheit der KollegInnen zu vertreten, erlangte ein gewerkschaftlich-kämpferischer Flügel die Mehrheit. Nun wurde dieser von der Geschäftsleitung bekämpft, jede Zusammenarbeit mit ihm mehr oder weniger verweigert. Jede Kleinigkeit musste sich die Betriebsratsmehrheit (vier von sieben Mitgliedern) vor Gericht erstreiten. Als Ende 2011 Verhandlungen über eine veränderte Lohnstruktur, gleiche Löhne bei gleicher Leistung, bessere Bezahlung mit Betriebsrat und Gewerkschaft nicht mehr zu vermeiden waren, setzte das Unternehmen auf Verzögerung, Hinhaltetaktik durch Versprechungen, die nicht eingehalten wurden usw. Dabei galt immer die Linie: maximal eine Betriebsvereinbarung, keinesfalls ein Haustarifvertrag mit der IG BCE.

Als sich der Arbeitskampf deutlich abzeichnete, bereitete Neupack sich strategisch vor. Ein neuer Geschäftsführer wurde kurz vor Streikbeginn eingestellt, der schon vorher als Berater für das Unternehmen tätig gewesen war. Unternehmensberater Arne Hoeck hatte sich auf seinem vorherigen Posten dadurch ausgezeichnet, dass er den Betrieb »betriebsratfrei« gehalten hatte. (Panorama 3, Nr. 17 vom 29.01.2013) Dessen Einstellung hatte also eine deutlich klassenkämpferische Funktion. Neupack hatte sich also auf einen langen Arbeitskampf vorbereitet

Zahlen & Fakten zum Neupack-Streik

Die Neupack Verpackungen GmbH & Co KG gehört nach eigenen Angaben zu den »führenden Herstellern tiefgezogener Kunststoffverpackungen«. Produziert werden Pflanztöpfe, Becher, Schalen und Deckel aus allen gängigen Kunststoffen. Das Unternehmen mit Sitz in Hamburg wurde 1959 als reine Handelsgesellschaft gegründet. In den 1960ern kam eine eigene Produktion hinzu, der ein hausinterner Werkzeug- und Maschinenbau angegliedert wurde. Anfang dieses Jahres teilte das Unternehmen mit, wegen des Streiks seien die Kapazitäten nur noch zu 65 bis 70 Prozent ausgelastet. Die Firma habe Kunden an Wettbewerber verloren. Der Umsatz von früher rund 30 Millionen Euro sei um 20 Prozent eingebrochen. (Neues Deutschland, 27.03.13) ■

Streikrecht muss geändert werden

Zu den Wahlen in Italien

Nach dem Ende des sozialistischen Lagers

Wettbewerbsfähigkeit auf unsere Knochen

Buchbesprechung: Krise des Kapitalismus

Dazu: Eine politische Klarstellung

Beilage: Zur Diskussion des Endes der DDR

und war entschlossen, diesen mit allen Konsequenzen zu führen und zu gewinnen. Die Geschäftsleitung war vorbereitet, ihren Klassenstandpunkt durchzusetzen.

Der amtierende Betriebsratsvorsitzende ist inzwischen von mehrfachen fristlosen Kündigungen bedroht. Lohn- und Arbeitsbedingungen richten sich bei Neupack danach, ob der Geschäftsleitung die Nase des einzelnen Beschäftigten genehm ist. Beschäftigte, die Neupack schon länger als zehn Jahre dienen, haben noch keine Lohnerhöhung gesehen, während Neueingestellte am gleichen Arbeitsplatz sofort an ihnen vorbeiziehen. Einzelne Kolleginnen oder Kollegen verdienen 8,20 oder 8,50 Euro in der Stunde, so dass ihr Lohn von der Agentur für Arbeit aufgestockt werden muss. Bei Krankheit im vorangegangenen Jahr wird das bescheidene Weihnachtsgeld sofort drastisch reduziert, bei ca. 300 Euro Weihnachtsgeld um ca. 30 Euro pro Tag der Arbeitsunfähigkeit.

Im Unterschied zu anderen Betrieben, in denen die Belegschaft jahrelange sozialpartnerschaftliche Verhältnisse gewohnt war, in denen Betriebsrat und Gewerkschaft mehr oder weniger schiedlich-friedlich mit dem Unternehmer umgehen konnten, gab es diese Sozialpartnerschaft bei Neupack nie. Alles, ein Betriebsrat, der die Kollegen vertritt, die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft, die hergestellte Einheit unter den KollegInnen unterschiedlichster Nationalitäten war Ergebnis jahrelanger Arbeit und Auseinandersetzung mit dem Unternehmer. Das erklärt die von Anfang an kämpferische und selbstständige Haltung der Streikenden.

Während die ca. 45 Angestellten des Unternehmens deutlich über dem Branchentarif der IG BCE verdienen (mit zwei Ausnahmen haben sie sich dem Streik nicht angeschlossen) haben die Gewerblichen bei ursprünglich etwa 40 Streikbrechern sich das bescheidene Ziel gesetzt, einen Haustarifvertrag von 83 Prozent des Branchentarifs der chemischen Industrie zu erreichen. Bezeichnend: die Gesamtsumme des Weihnachtsgeldes für die ca. 45 Angestellten liegt höher als der absolute Betrag für die ca. 150 gewerblich Beschäftigten. Allgemein hat die Geschäftsführung von Neupack jahrelang darauf gesetzt, die Beschäftigtengruppen unterschiedlicher Herkunft als *»Sozialschrott«* (*»ihr verdient so wenig, weil ihr so wenig leistet«*) gegeneinander auszuspielen, zuletzt die *»Türken«* gegen die *»Russen«*. Wer gesehen hat, wie die kleinen Kinder der jungen Mütter zur Freude ihrer »russischen« Eltern zu türkischer Musik in Rotenburg tanzten, der hofft, dass diese Verhältnisse unumkehrbar überwunden sein mögen.

Ja, die vom Unternehmer Krüger verkannten Streikenden engagierten sich im Streik mehr als gewöhnlich. Viele haben plötzlich für sie völlig neue Schritte getan: Zum ersten Mal nehmen sie an Demonstrationen teil, die sie zuvor auch noch geplant und organisiert haben. Wie selbstverständlich treten sie vor Fernsehkameras und Journalisten auf und entblößen ihre soziale Lage ohne Beschönigung. Jede Einladung wird angenommen, vor Studenten erläutern sie selbstbewusst ihren täglichen Arbeitsalltag, den Stress und die hitzigen Arbeitsbedingungen der von der Maschine vorgegebenen Produktion ohne Pause. Sie rechnen ihre bescheidenen monatlichen Ausgaben vor, um zu beweisen, dass sie von dem gezahlten Lohn selbst kaum existieren können. In den ersten Tagen des Streiks treten die Streikenden den Arbeitswilligen so selbstbewusst und unverkrampft gegenüber, dass einige Arbeitswillige sich überzeugen lassen und zu den Streikenden wechseln. Tage später erstickt ein neuer, aus einer anderen Region ausgeliehener Gewerkschaftssekretär und Streikleiter diesen heiteren sportlichen Überzeugungswettkampf (*»Streikbrecher dürfen nicht angehalten werden«*), am nächsten Tag bestätigt eine einstweilige Verfügung des Arbeitsgerichts Hamburg diese Maxime, die IG BCE wehrt sich juristisch, vorläufig aber vergeblich.

Der Apparat der Gewerkschaft IG BCE verbindet mit dem Streik organisationspolitische Interessen: Da die größeren Betriebe unter Beschäftigten- und folglich Mitgliederrückgang leiden, muss er sich um neue Mitglieder bemühen. Diese sind aber überwiegend nur in Klein- und Mittelbetrieben zu finden, in denen die Gewerkschaft bisher schlecht vertreten ist und in denen häufig ein tarifloser Zustand herrscht. In dieser Situation schien für die Gewerkschaft die Firma Neupack die Gelegenheit zu bieten, Neuland zu erschließen und in einen Bereich vorzudringen, in dem Niedriglöhne und prekäre Beschäftigung an der Tagesordnung sind.

Allerdings war für die Gewerkschaft nicht nur dieser Unternehmensbereich Neuland, sondern auch der Arbeitskampf schlechthin. 1971 war der letzte Arbeitskampf in der Chemiebranche, den die Vorgängerin der IG BCE, die

An unsere Abonnenten

Wir möchten uns ausdrücklich bei den Abonnenten der Informationsbriefe und bei den Spendern für ihre praktische Solidarität bedanken. Durch höhere Herstellungs- und Portokosten wird es immer notwendiger, einen soliden Sockel von Abonnenten zu halten. Als kleines Dankeschön legen wir den Abonnenten eine Ausgabe der Zeitschrift »PalästinaIsraelZeitung« vom Dezember 2012 bei, die wir damit auch allen Lesern der Arbeiterpolitik empfehlen (www.palaestina-israel-zeitung.de). Sie bringt eine Fülle von einzelnen Fakten und Informationen, die helfen, die Lebensbedingungen in Israel und Palästina zu verstehen und einem breiteren Publikum zu vermitteln. Die Red. ■

Doppelheft Nr. 1/2 · 20. April 2013 · Jg. 54

Neupack-Streik: Ein Einzelunternehmen fordert die deutschen Gewerkschaften heraus. 1
Veranstaltung bei ver.di zum Streikrecht. 9
Italien: Wahlen im Zeichen des Protestes. 11
Nach dem Ende des sozialistischen Lagers – eine Skizze. 14
Globale Wettbewerbsfähigkeit auf Kosten der Arbeiter. . 17
Buchbesprechung:
Neuer Ansatz, die Krise des Kapitalismus zu erklären. . 20
Dazu: Politische Klarstellung. 23
Der Wahlkampf beginnt:
Steinbrück/Schmidt zur Rolle der Gewerkschaften 26

Beilage zur Diskussion:
Warum haben die Arbeiter der DDR ihr Volkseigentum 1989/90 nicht verteidigt? . . . . . .
(Gruppe Arbeiterpolitik und Gruppe Arbeiterstimme)

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Karaberis
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
Alle Zuschriften nur an diese Adresse:
»GFSA e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg«
Internet: www.arbeiterpolitik.de · e-mail: arpo.berlin@gmx.de

Eines der vielen Transparente

Streikzelt in Stellingen: Fladenbrot für die Streikenden

IG Chemie geführt hatte. Seither herrschte Kooperation und vertrauliche Zusammenarbeit mit dem Arbeitgeberverband. Die IG BCE ist eine ausgesprochen »vernünftige« Gewerkschaft. Auf gemeinsamen Veranstaltungen von Gewerkschaft und Arbeitgeberverband hört man sich deshalb auch Vorträge an mit Themen wie: *»Welchen Beitrag kann eine Sozialpartnerschaft für den unternehmerischen Mehrwert leisten? Und wie können Sozialpartnerschaften für Unternehmen mehrwertschaffend gestaltet werden?«* (http://www.cssa-wiesbaden.de/newsbeitrag.html?&tx_ttnews[tt_news]= 111&cHash=53b6555ee3)

Noch in der Tarifrunde 2012 konnte sich die IG BCE mit einem moderaten Abschluss von knapp drei Prozent (Metallbranche fast vier Prozent) gegen die übrigen Gewerkschaftszentralen profilieren. Für die Gehaltserhöhung und die Entlastung Älterer (Demografie-Fonds) bezahlte die IG BCE einen Preis: Künftig können Unternehmen einfacher als bisher Arbeitszeiten von einzelnen Mitarbeitern oder Beschäftigtengruppen von 37,5 Wochenstunden auf 35 Stunden senken oder auf 40 Stunden erhöhen. Arbeitgeberpräsident Hundt: Dies sei ein *»tarifpolitisch bedeutendes Signal, das für andere Branchen Vorbildcharakter haben sollte.«* (FR 24.05.2012)

Es war offensichtlich ein innerhalb der Gewerkschaft umstrittener Schritt, nun auf einmal zum Arbeitskämpfer werden zu müssen, und einige Funktionäre fühlten sich vermutlich ziemlich unwohl, hatte doch kaum jemand einen Arbeitskampf aktiv miterlebt. Dies war daran zu erkennen, dass der für Neupack zuständige Sekretär drei Wochen vor Streikbeginn beim »Jour fixe der Gewerkschaftslinken« in Hamburg auftauchte, für den Streik warb und um Unterstützung durch den gerade gegründeten Soli-Kreis Neupack bat. Dabei ist das seit rund 8 Jahren existierende »Jour fixe« im Hamburger Gewerkschaftshaus wegen seiner gewerkschaftskritischen Haltung für Hauptamtliche eher ein Tabu.

Als der Streik schließlich begann, war die Zwiespältigkeit seitens der Gewerkschaft von Anfang an deutlich sichtbar. Auf der einen Seite wurde kämpferisch für den Streik geworben, auf der anderen Seite wurde gleichzeitig betont, dass man dem Unternehmer nichts Böses wolle, dass er ja seinen Gewinn machen und mit seinem Mercedes nach Hause fahren könne. Man wolle eben nur »zivilisiert« miteinander »auf Augenhöhe« reden.

Aufgrund persönlicher Kontakte mit dem Betriebsrat konnte sich der Solikreis aus dem »Jour fixe« heraus schon recht früh konstituieren. Von Anfang an war also der Kontakt zu den Streikenden da, was zum Beispiel ein Jahr zuvor beim Streik bei »Pflegen&Wohnen« nicht der Fall gewesen war, weshalb ein Solikreis während dieser Auseinandersetzung nicht zustande kam. Auch verhielt sich diese Gewerkschaft anders als damals ver.di: Hatte ver.di jeden Kontakt zu Unterstützern von außen vermieden und ihnen sogar Redeverbot auf Versammlungen erteilt, war die IG BCE von Anfang auf den Treffen vertreten. Diese fanden, als der Streik noch nicht lief, im Gewerkschaftshaus in den Räumen der IG BCE statt, später dann im Streikzelt vor dem Betrieb. Auch dort nahmen meistens ein oder mehrere Gewerkschaftsvertreter teil.

Zu den Treffen des Solikreises kamen zwischen 12 und manchmal 50 Leute aus den unterschiedlichsten Motiven und Zusammenhängen: engagierte GewerkschafterInnen, »Jour fixe«-TeilnehmerInnen, Mitglieder aus den verschiedensten politischen Linksgruppierungen. Alle akzeptierten die Vereinbarung, als Einzelpersonen, nicht als Vertreter irgendwelcher Gruppen aufzutreten. Das ist ein guter Schritt vorwärts, wenn Menschen aus unterschiedlichen politischen Zusammenhängen sich zusammen finden um eine gemeinsame Sache konkret zu unterstützen.

Die regelmäßigen Treffen des Soli-Kreises im Streikzelt waren dann auch Gelegenheiten für die Streikenden an den Diskussionen teilzunehmen. Es kamen zwar immer nur ein paar von den Streikenden dazu, aber so fanden doch immerhin Veranstaltungen statt, zu denen nicht die Gewerkschaft aufgerufen hatte und bei denen sie deshalb auch nicht Regie führte. Diese Treffen trugen einen Hauch von Demokratie in die Streikorganisation, die von der IG BCE ansonsten von oben, vom Hauptvorstand in Hannover, bestimmt wurde.

Bei Neupack vermutete der Hauptvorstand wohl leichtes Spiel und gab schnell vollmundige Erklärungen ab: Die IG BCE stütze diesen Arbeitskampf, sie wolle ein Exempel statuieren, *»koste es was es wolle«*! Solche Ausbeutungsverhältnisse wie bei Neupack seien Relikte des vorigen Jahrhunderts! Vor den Hamburger Arbeitsgerichten hatte der Unternehmer Krüger vorläufig unerwarteten Erfolg: Eine einstweilige Verfügung untersagte der IG BCE unter Androhung eines Ordnungsgeldes in Höhe von 250.000 Euro die Betriebstore zu blockieren, durch Menschenketten oder PKWs. (Erst nach Aufgabe des unbefristeten Streiks wurde diese Entscheidung Anfang Februar korrigiert. Die Streikenden dürfen nun Arbeitswillige über den Streik informieren, Verzögerungen bis zu 15 Minuten müssen die Streikbrecher hinnehmen.) Und der Einsatz von 19 polnischen Leiharbeitern als Streikbrecher, ursprünglich angeworben für das Weihnachtsgeschäft, wurde vom Arbeitsgericht als rechtmäßig angesehen, nachdem das Unternehmen Neupack die Streikbrecher als zeitlich befristete Beschäftigte von einer Leiharbeitsfirma übernommen hatte. Die Rechte des Betriebsrats bei Einstellungen seien nämlich während eines Streiks ausgesetzt. Vermehrter Einsatz von Polizei vor den Streiktoren verschaffte diesen Entscheidungen des Gerichts Geltung.

Seit Androhung des Ordnungsgeldes für die IG BCE und der Androhung eines möglichen Platzverweises für die Streikenden durch die Polizei hatte der Soli-Kreis in deut-

Morgens am Feuerkorb, eine Solidaritätsspende von Arcelor-Mittal-Kollegen.

BR-Sprechstunde in Rotenburg

licher Abgrenzung zu den Streikenden mehrmals frühmorgendlich vor fünf Uhr die Aufgabe übernommen, die Streikbrecher aufzuhalten und in Diskussionen zu verwickeln. Insbesondere dem Bus der polnischen Streikbrecher, deren Zahl als Folge des Arbeitsgerichtsurteils kräftig gewachsen war (an beiden Standorten arbeiteten inzwischen 50 von Neupack aus Polen rekrutierte Streikbrecher, plus acht in Deutschland rekrutierte Arbeitskräfte) galt alle Aufmerksamkeit. Seinen Insassen sollten die Flugblätter der IG BCE in polnischer Übersetzung zugestellt werden.

Nach vier Wochen Streik klangen die Aussagen der IG BCE schon anders. Um mit der Unternehmerfamilie Krüger bei Neupack überhaupt ins Gespräch zu kommen, habe man die Geheimhaltung von Inhalt und Termin der Gespräche vereinbart. *»Wir bitten um Euer Vertrauen«*. Doch auch der Bau dieser Brücke führte ins Nichts. Die Familie Krüger will keinen Tarifvertrag und keine Einbindung der Gewerkschaft, die Streikenden hingegen wissen aus Erfahrung, was Zusagen dieses Unternehmers gegenüber dem Betriebsrat wert sind und blieben bei ihrer Forderung: *»Tarifvertrag jetzt«*.

Der längste Arbeitskampf der jüngsten Zeit in Hamburg und wohl auch Niedersachsen fand sein Echo in den bürgerlichen Medien. Niedersachsen befand sich bis zum 20. Januar im Landtagswahlkampf, so dass hier sich die Parteienvertreter rasch vor dem Betrieb in Rotenburg einstellten, Neupack war Rand-Thema auf einer SPD-Landeskonferenz mit Frank-Walter Steinmeier und Hubertus Schmoldt, ehemaliger Vorsitzender der IG BCE. Natürlich standen auch Fototermine mit dem SPD-Kanzler-Kandidaten Steinbrück, IG BCE-Mitglied, und später mit Hamburgs Erstem Bürgermeister Scholz am Rande des SPD-Landesparteitages auf der Tagesordnung.

Die Hamburger SPD-Prominenz ließ sich zwar gerne mit den Streikenden fotografieren und erklärte solidarisch sein zu wollen. Doch als es konkret wurde, reichte der Arm des Innensenators und obersten Dienstherren der Polizei häufig nicht soweit, dass die Einsätze der Polizei Verständnis für die Streikenden und ihre Unterstützer bewiesen.

In Hamburg berichteten neben den Anzeigenblättern, die Springer-Zeitungen »Abendblatt« und »Welt«, daneben Rundfunk und Fernsehen anfangs wohlwollend über den Streik und die Streikenden. Vor den Streiktoren und im Streikzelt gab sich politische und andere Prominenz ein Stelldichein. Besondere Ermutigung schöpften die Streikenden aber aus den vielen, zum Teil sich täglich wiederholenden Solidaritätsbesuchen der einfachen Hamburger Bevölkerung. Hier meldeten sich soziale Initiativen, einzelne Kolleginnen und Kollegen aus Nachbarbetrieben, aufgerüttelte Anwohner aus unterschiedlichsten Berufen, gewerkschaftlich organisierte Vertrauensleute und Betriebsräte aus vielen Betrieben und Branchen. Besonders der türkische Belegschaftsanteil schien über ein solidarisches Netz in andere Betzriebe, ja bis in die Türkei zu verfügen.

Um den Zusammenhalt der Streikenden zwischen den beiden Standorten Rotenburg und Hamburg zu stärken, organisierten die IG BCE und die Streikenden sowohl in Hamburg als auch in Rotenburg einen Laternenumzug (Demonstration). In Hamburg nahmen daran neben Lokalpolitikern der Partei »Die Linke« auch deren Vorsitzender Bernd Riexinger teil. Zurückgekehrt zum Streikzelt brutzelten die Streikenden Würstchen, brieten Hähnchen und andere Leckereien, dazu gab es Punsch mit und ohne Alkohol, während Musikgruppen die Versammelten für sich einnahmen. Der Kunst zu streiken entwöhnt, tat die IG BCE das, was sie konnte: gutes Streikgeld bezahlen, den Streik materiell anständig unterstützen und die zahllosen Rechtsverfahren durchführen, mit denen der Unternehmer die Streikenden überzog.

Für den 15. Dezember riefen IG BCE und die Streikenden in Rotenburg und Hamburg noch einmal zu einer *»großen«* Kundgebung vor dem Hamburger Hauptbahnhof auf, vor der angekündigten weihnachtlichen Kampfpause. Rund 600 Teilnehmer wurden gezählt, zuvor angekündigt waren 2000. Aus Angst sich wegen zu geringer Mobilisierung zu blamieren, hatte die IG BCE auf eine Demonstration durch die Innenstadt verzichtet. Mitglieder der IG BCE kamen zum Teil von weither angereist. Es sprachen die Sekretäre des Bezirks, des Landesbezirks und des Hauptvorstandes. Die Familie Krüger möge sich in den Weihnachtstagen eines Besseren besinnen und zu den Tugenden des »Hamburger Kaufmanns« zurückkehren. Der Hamburger DGB-Vorsitzende mahnte, den Arbeitskampf nicht ohne Tarifvertrag zu beenden. Mit kulturellen Beiträgen wurden Rolf Becker und Gunter Gabriel auf die Bühne gebeten. Die Musikgruppe Gutzeit sorgte für den musikalischen Rahmen.

Zwei Tage später beschlossen die Streikenden aus Hamburg und Rotenburg in einer gemeinsamen Streikversammlung, den Streik zwischen Weihnachten und Neujahr zurück zu fahren und im neuen Jahr den Kampf wieder aufzunehmen. Nach acht Wochen Streik zeigte sich eine gewisse Erschöpfung vieler Streikender, doch das Streikzelt und die erforderliche Notbesatzung sollten unbedingt bleiben. In den Tagen vor Weihnachten nahm die Belegschaft noch eine neue Initiative auf: Vor Lebensmittelketten, die Molkereiprodukte in Neupack-Verpackungen anbieten, wurden die Kunden gebeten, sich an die Molkereien zu wenden, damit diese den Druck für faire Arbeitsbedingungen bei Neupack an die Familie Krüger weitergeben.

In den Streiktagen nach Weihnachten diskutierten die Kollegen im Streikzelt grundsätzlicher. *»Unser Recht auf Streik steht doch nur auf dem Papier …«* so beschrieb eine Kollegin ihre Erfahrungen des Arbeitskampfes. Zur Begründung verwies sie darauf, dass die Gewerkschaft unter Androhung eines Ordnungsgeldes verurteilt wurde, den Zugang für Streikbrecher freizumachen, dass die Polizei Streikende bei angeblicher Überreaktion mit Platz-

Streikende vor dem Betrieb in Stellingen

Vor der Regionalkonferenz der IG BCE in Wilhelmsburg

verweis bedrohe, der Unternehmer aber jeden Tag nach Belieben neue Streikbrecher einstellen dürfe. Geboren wurde hier eine Initiative zur Verteidigung des Grundrechts auf Streik. Da die Streikenden durch die juristischen Züge des Unternehmers kaum Zeit zum Nachdenken fanden, übernahm der Ortsverein Hamburg des ver.di Fachbereichs 08 (Medien, Kunst, Industrie) die Auftaktveranstaltung am 12. Februar mit einer öffentlichen veranstaltung zum »Streikrecht«. Inzwischen hat die IG BCE Hamburg diese Initiative als Antrag zum Gewerkschaftstag übernommen, andere Gewerkschaftsgliederungen wollen dies ebenfalls versuchen und die Linkspartei in Hamburg brachte einen Antrag in die Bürgerschaft, der (unterstützt von SPD und Grünen) den Senat auffordert, im Bundesrat eine entsprechende Initiative zur Gesetzesänderung einzubringen. (siehe nachfolgenden Artikel).

Auf dem Weg zum Flexi-Streik

Am **18. Januar** brachte die Presse die Nachricht, dass vor der Unterkunft eines polnischen Streikbrechers nahe Rotenburg eine »verbale Auseinandersetzung« zwischen russlanddeutschen Streikenden und polnischen Streikbrechern den Beteiligten am **16. Januar abends** entglitten sei und mit einer schweren Körperverletzung geendet habe. Ein polnischer Streikbrecher liege mit Schädelbruch im Krankenhaus.

Das Unternehmen Neupack nutzte die neuen Vorfälle sofort, angeblich wurde am selben Tag noch ein Wachmann in Rotenburg von Streikenden bedroht. *»Neupack ist über die Ereignisse entsetzt. Damit hat der von Beginn an extrem gewaltbegleitete Streik eine weitere menschenverachtende Eskalation erfahren. Die IG BCE und deren Streikleitung haben offenbar die Kontrolle über den Streik verloren. Wir hoffen, dass die verantwortliche IG BCE nun endlich ihrer Verantwortung, die sie zu tragen hat, nachkommen wird. (…) Ob zu der schlimmen Eskalation auch die Ankündigung des Vorsitzenden der IG BCE beigetragen hat, dass an Neupack »ein Exempel statuiert werden soll, koste es was es wolle«, kann man wohl nicht ausschließen.«* (Pressemitteilung Neupack **18. Januar 2013**)

Während die Führung der IG BCE der Öffentlichkeit erklärte, noch gebe es keine Erkenntnisse, die Polizei müsse erst ihre Arbeit tun, schrillten im Apparat, auch der anderen DGB-Gewerkschaften alle Alarmglocken. Denn das Unternehmen hatte einen »Coup« geplant. Neupack wollte der IG BCE mit Hilfe einer aus Großbritannien stammenden und international agierenden Anwaltskanzlei den Streik generell gerichtlich verbieten lassen. Angeblich sei die Gewerkschaft nicht in der Lage, den Konflikt zu beherrschen. Der Antrag sollte am **Freitag, 25. Januar** mündlich vor dem Arbeitsgericht Verden verhandelt werden. Bekäme das Unternehmen recht, wäre laut IG BCE-Anwältin Mechthild Garweg, die Tarifautonomie des Grundgesetzes massiv bedroht.

Man kann sich leicht vorstellen, wie die IG BCE mit Sitz in Hannover, daneben der DGB und die Einzelgewerkschaften, aber auch ihre »politischen Freunde« in der SPD angesichts dieser Zuspitzung in Aufregung gerieten, zumal am Sonntag, den **20. Januar** in Niedersachsen Landtagswahlen stattfanden, für die ein Regierungswechsel und ein SPD-Regierungschef vorhergesagt wurden. Zusätzlich wurde bekannt: Das polnische Konsulat sei um Hilfe gebeten worden, um die polnischen Landsleute und Streikbrecher bei Neupack zu schützen.

Schon am **18. Januar** waren zwei neue Gewerkschaftssekretäre im Streikzelt in Hamburg-Stellingen eingetroffen. Am **19. Januar** zum traditionellen Neujahrsempfang des IG BCE-Bezirks Hamburg-Harburg erklärte der Gewerkschaftsvorsitzende Vassilidis vor 700 Teilnehmern seine Bereitschaft zu einem Spitzentreffen mit den Neupack-Eigentümern. Auch eine Vermittlung durch eine angesehene Hamburger Persönlichkeit bot Vassiliadis an. *»Wir sind bekannt dafür, dass wir auf sozialpartnerschaftliche Lösungen setzen und mit den Arbeitgebern auch Konflikte vernünftig regeln und meist auch ohne Arbeitskampf auskommen.«* Der Bezirksleiter Jan Eulen ergänzte: *»Die Familie Krüger setzt Streikbrecher ein – im Wissen um die damit verbundene Provokation. Um dem zu begegnen, ermöglicht die IG BCE auch den Dialog zwischen den Streikenden und den Streikbrechern.«* (Streikinfo Nr. 25) Hier deutete die IG BCE-Führung bereits die Aussetzung des Streiks an, die Streikenden werden zum *»Dialog«* mit den Streikbrechern in den Betrieb beordert, die Taktik des *»Flexi-Streiks«* wurde geboren!

Für Dienstag und Mittwoch (**22./23. Januar**) wurden die Streikenden aus Hamburg und Rotenburg zusammen gerufen, um über eine neue »Streiktaktik« zu diskutieren. Doch bevor die Streikenden sich eine endgültige Meinung bilden sollten, hatte die IG BCE vorgezogen **am Vormittag 12.00 Uhr** zur Pressekonferenz in Hamburg gerufen und dort die Aussetzung des Streiks für den folgenden Tag verkündet. Erst danach um **14.00 Uhr** forderte sie ihre streikenden Mitglieder auf, am nächsten Tag, Donnerstag, **24. Januar**, in Hamburg-Stellingen als auch in Rotenburg die Arbeit wieder aufzunehmen.

Zur **Frühschicht am 24.1.** um 5.00 Uhr wurde dem hauptamtlichen Hamburger Gewerkschaftsapparat nebst Anhang erst- und einmalig ein Kraftakt von »Solidarität« abgefordert. Neben den üblichen Unterstützern begleiteten zahlreiche Vertreter der DGB-Einzelgewerkschaften die Streikenden mit brennenden Fackeln zum Marsch in den Betrieb, wo der Unternehmer sie – aufgeteilt in »Fünferpacks« – in Empfang nahm und der Arbeit zuführte. Mit dieser Geste der Unterwerfung signalisierte die IG BCE jede erdenkliche Verhandlungsbereitschaft und hoffte auf ein günstiges Urteil. Das Arbeitsgericht Verden wies das

Ein Kollege ist vor dem Streikbrecher-Bus gestürzt

IG BCE-Bezirksleiter Ralf Becker in Stellingen

Ansinnen von Neupack, den Streik verbieten zu lassen, zurück, aber ein schriftliches Urteil liegt noch nicht vor.

Wieder im Betrieb entdeckten die Streikenden allmählich, dass ihr Arbeitskampf entgegen den Darstellungen des Unternehmers und dem äußeren Anschein doch tiefe wirtschaftliche Schäden angerichtet hatte. Die Lager waren weitgehend leer, die Streikbrecher hatten viel Ausschuss produziert, die Maschinen waren verdreckt, kleinere Kunden wurden gar nicht mehr oder mit zugekaufter Ware beliefert und einzelne Großkunden hatten nur Teillieferungen erhalten oder sind wegen Mängeln in der Qualität ganz abgesprungen. Kurz: Der Unternehmer stand mit dem Rücken zur Wand. Selbstbewusst stellten sie fest, dass sie doch nicht so einfach zu ersetzen sind. Allerdings, auch die Streikbrecher lernten schnell, fügten sie an, besonders jetzt, da sie ihnen, den langjährig Eingearbeiteten ihre Tricks abschauten.

Ihre zeitweise zurückgedrängten Bedenken gegen die neue »Flexi-Streik-Taktik« kehrten wieder. Erst wurde seitens der IG BCE erklärt, die Aussetzung des Streiks sei für neue Gespräche mit dem Unternehmen unabdingbar. Doch die Gespräche blieben weitgehend substanzlos, der Unternehmer reagierte hingegen mit neuen Schikanen und Provokationen, mehr als 20 Gerichtaverfahren wurden eingeleitet. Dem IG-BCE-Sekretär und Betriebsbetreuer Rajko Pientka wurde sofort der Zugang zum Betrieb und zur Betriebsversammlung untersagt, krank gemeldete Beschäftigte zum Vertrauensarzt geschickt, die Übernahme von Kosten für die Betriebsversammlung wurden veweigert, die Reihe der Kündigungen und Abmahnungen riss nicht ab, gegen 15 KollegInnen wurden insgesamt 19 Kündigungen ausgesprochen, in Rotenburg wurden an einem Tag acht Abmahnungen gegen Streikteilnehmer verhängt. Die Antwort der IG BCE-Führung in Hannover: *»Wir sind weiterhin im Flexi-Steik und gehen gegen die Provokationen des Arbeitgebers juristisch vor. Lasst uns durchhalten«* (Streikinfo 43)

Die von der IG BCE vorgebrachten Argumente für den Flexi-Streik konnte die ehemalige Streikmannschaft, die immer mehr eine »Mannschaft« im besten Sinne wurde, Zug um Zug praktisch widerlegen. *»Wir behalten das Heft des Handelns in der Hand und sind durch den Flexi-Steik unberechenbar«*, versprach die IG BCE. Kleinlaut musste der stellvertretende Bezirksleiter Oliver Venzke später zugeben, man habe im Kreis von Juristen beraten und die Forderung von Neupack akzeptiert, **zwölf Stunden im Voraus Arbeitsniederlegung oder Arbeitsaufnahme dem Unternehmer anzukündigen**. Die Betroffenen berichteten von ihren Erfahrungen, die Schichtleiter seien besser über den Streikplan unterrichtet als sie selbst. Am **20. und 21. Februar** verließen zwei in der Produktion wichtige Maschinenführer ihre Posten und schlossen sich den Streikenden an. Monatelang hatten die Streikenden sich insgeheim um diese Kollegen bemüht, entsprechend wurde ihre Entscheidung von den KollegInnen gefeiert. Der Maschinenführer Iraklis Tsitouridis gestand: *»Ich bin froh, dass ich von nun an auch draußen bleiben werde.«* Doch am Freitagmorgen entschied die oberste Streikleitung in Hannover per Telefon, alle müssten die Arbeit wieder aufnehmen. Die beiden Maschinenführer wurden selbstredend sofort zur Geschäftsleitung zitiert und seitdem in den Reihen der Streikenden nicht mehr gesehen (Streikinfo 39 und 40). Unterdessen erledigte sich das Argument des Streikführers und Leiters des Landesbezirks Nord, Ralf Becker, *»dass die IG BCE das Unternehmen nicht in seiner Substanz treffen wolle«* (also nicht in die Insolvenz treiben wolle) (Streikinfo 35) fast von selbst. Es wurde einfach im Verlauf des Arbeitskampfes nicht mehr geäußert und folglich vergessen.

Im Schutz des Soli-Kreises Hamburg wagten es die Betroffenen im Streikzelt, das »Flexi-Streik-Konzept« der IG BCE vor anwesenden Funktionären heftig zu kritisieren. Zum Schluss sprachen fast alle von »Flexi-Verarschung«, eine Formulierung, die der Betriebsratsvorsitzende aufnahm. Allerdings, Versuche der Belegschaft, eigene Vorstellungen zum Streikkonzept in die Streikleitung einzubringen, kamen nicht über das Stadium der Diskussion hinaus, die Streikkomitees nahmen diese Aufgabe nicht auf, sie überließen sie dem überlasteten Betriebsrat. Es gab zwar an beiden Standorten jeweils ein gewähltes Streikkomitee aus fünf Leuten, doch diese Komitees erfüllten nur Hilfsaufgaben im Streik. Dieses Verhalten ist wahrscheinlich auch gar nicht verwunderlich bei einer Belegschaft ohne jede gewerkschaftliche oder gar politische organisatorische Erfahrung. Und als einmal so etwas aufflackerte, wie dass man selbstständig den Betrieb verlassen werde, wenn der Unternehmer erneut provoziere, wurde noch in der Nacht Hannover informiert. Ein IG BCE-Funktionär drohte daraufhin, dass die Gewerkschaft alle Unterstützung einstellen werde, sollte das passsieren. Vermutlich war das eine leere Drohung, denn die Gewerkschaft hätte es sich politisch kaum leisten können, ihre Unterstützung zurückzuziehen.

Gern stellt die IG BCE es so dar, als habe die Taktik des Flexi-Streiks den Unternehmer an den Verhandlungstisch gezwungen. Dabei reisen in Wirklichkeit die Unterhändler der IG BCE nur auf dem Beifahrersitz des Betriebsrats als Berater zu den Gesprächen mit dem Unternehmer, direkte Gespräche mit der Gewerkschaft lehnt das Unternehmen nach wie vor ab. Umso mehr neigten die Unterhändler der IG BCE dazu, jede vermeintliche Bewegung des Unternehmers als Erfolgsmeldung aufzublasen. *»Schritt für Schritt geht es weiter. Neupack hat zugesagt, beim nächsten Gesprächstermin Anfang März ein finanzielles Gesamtangebot zu präsentieren.«* (Streikinfo 38) *»Becker nach den morgendlichen Verhandlungen: Wir haben einen Schritt nach vorn gemacht. Ich habe zum ersten Mal das Gefühl,*

DGB nord DGB

Hamburg, 7.2.2013

Gemeinsamer Appell der DGB-Vorsitzenden Nord, Uwe Polkaehn, und Hamburg, Uwe Grund, an Handelskammer, Handwerkskammer, den Unternehmensverband Nord und den Industrieverband Hamburg

Neupack geht alle Unternehmer etwas an - Manchester oder Hamburg?

Der ehrbare hanseatische Kaufmann darf nicht länger wegschauen, wenn ein Hamburger Arbeitgeber seine Beschäftigten immer wieder mit Füßen tritt, geltendes Arbeitsrecht verletzt und die ganze Stadt zu einem Symbol der Arbeitnehmerfeindlichkeit und sozialen Kälte macht.

Der Streik bei der Stellinger Firma Neupack ist längst zu einem Lackmus-Test für alle Unternehmer in der Hansestadt geworden. Wir vermissen ein klares Wort der Kammern und Unternehmerverbände zu dem anhaltenden Skandal auf dem Arbeitsmarkt dieser Stadt.

Die Geschäftsführung der Neupack Verpackungen GmbH & Co. KG lehnt es ab, mit der Gewerkschaft über einen Tarifvertrag überhaupt zu sprechen. Sie trifft nur individuelle Absprachen mit einzelnen Mitarbeitern. Manche Beschäftigte in der Produktion bekommen nur 50 Prozent des in der Branche üblichen Lohns; Krankheitstage führen zur Kürzung des Weihnachtsgeldes. Lars Krüger, Geschäftsführer bei Neupack, sagte dem NDR-Magazin Panorama: „Ich glaube, da können Sie jeden Unternehmer fragen: Es ist sicherlich so, dass das Leben für einen Unternehmer relativ einfacher ist, wenn es keinen Betriebsrat gibt."

Wir erwarten dazu ein Wort der Unternehmerverbände in Hamburg.

Seit dem 1. November streiken die etwa 200 Neupack-Beschäftigten. Ungleiche Bezahlung für gleiche Arbeit und Stundenlöhne, von denen man kaum leben kann, sollen endlich der Vergangenheit angehören. Der Betriebsratsvorsitzende wurde während des Arbeitskampfes in unzulässiger Weise durch die Unternehmensleitung bedrängt. Mit Leiharbeitern aus dem Ausland soll der Streikwille gebrochen werden. Private Sicherheitskräfte verhinderten in rechtswidriger Weise, dass ein Beauftragter der zuständigen Gewerkschaft IG BCE für den Betriebsrat an einer Betriebsversammlung teilnehmen konnte. Vor dem Amtsgericht Verden wollte die Geschäftsführung sogar den ganzen Streik verbieten lassen. Das Gericht wies die Klage in allen Punkten ab. Die Gerichtskosten musste Neupack tragen.

Diese Praktiken erinnern an die dunklen Zeiten des Manchester-Kapitalismus. Die reichste Stadt Deutschlands darf aber nicht Ort einer solchen Unternehmer-Inszenierung werden. Viele Bürgerinnen und Bürger der Stadt sind empört über das Vorgehen der Arbeitgeber. Es ist an der Zeit, dass auch die Unternehmensverbände und Kammern klar machen: Wir verurteilen diese Praktiken der Neupack-Geschäftsführung und fordern sie auf, einen Tarifvertrag mit der Gewerkschaft abzuschließen. Hamburg braucht den sozialen Frieden und keine Unternehmenspolitik nach Gutsherrenart.

Das Tarifrecht ist ein Garant des Wohlstands in Deutschland und ein wesentlicher Stabilisierungsfaktor für die Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Die IG BCE hat sich sehr verantwortungsbewusst gezeigt und der Firmenleitung einen auf die Gegebenheiten des Unternehmens bezogenen Einzelvertrag angeboten.

Wir erwarten daher, dass die Neupack-Praktiken auch durch die Unternehmer dieser Stadt geächtet werden und sie alles in ihrer Macht Stehende tun, um zu einer sozialpartnerschaftlichen Lösung des Konflikts zu kommen.

Dazu gehören auch die Aufklärung bei Geschäftspartner der Firma Neupack über die Machenschaften des Unternehmens und eine aktive Rolle der Verbände beim Herbeiführen eines Schlichtungsgesprächs.

Uwe Polkaehn Uwe Grund

das auch Neupack ein System will, das transparent und gerecht ist.« (Streikinfo 43) *»Keine weiteren Kündigungen!«* (Streikinfo 46) Danach wurden prompt zwei weitere Kündigungen ausgesprochen! *»Noch nicht zustimmungsfähig ist der Arbeitgeber-Vorschlag zum Verzicht auf Maßregelungen der Streikenden«*. Becker, der auch Chef des Landesbezirks Nord der IG BCE ist: *»Wir dringen darauf, dass sie weitergehender sein muss als die im Bürgerlichen Gesetzbuch vorgesehenen Regelungen.«* (Streikinfo 47) *»Ziel ist ein Vertrag bis Ostern. Um das zu erreichen wird am nächsten Mittwoch open end verhandelt.«* (Streikinfo 48) *»Wir stehen jetzt zum ersten Mal vor einem Abschluss!«* (Streikinfo 49).

Je länger der Flexi-Streik währte, desto unglaubwürdiger wurden diese Erfolgsmeldungen für die Betroffenen. Wurde ihre »Abordnung« zurück in die Produktion anfangs häufiger von Streiktagen unterbrochen, so wurden sie in letzter Zeit nur noch zum eintägigen Streik gerufen, wenn eine Streikversammlung anstand (bei 52 Arbeitstagen 15 Streiktage). Jeder Tag Produktion mit doppelter, alter und neuer, (ehemals Streikbrecher-)Mannschaft füllt die Vorratskammern von Neupack besonders schnell. Die Drohung mit einem erneuten Streik (IG BCE: *»Wir können auch anders!«*) schüchterte den Unternehmer in dieser Situation wenig ein. ■

Der Zwischenstand Mitte April 2013:

Neupack will partout keinen Tarifvertrag. Es bietet eine Betriebsvereinbarung in Verbindung mit einer Regelungsabsprache als Zusatz zum Arbeitsvertrag an. Letztere entfaltet überhaupt keine kollektivrechtliche Wirkung. Das Ziel eines Haustarifvertrags hat die IG BCE aufgegeben. Differenzen bestehen bei den Eingruppierungsvorschlägen. Hauptstreitpunkt weiterhin: **Neupack unterschreibt keinen Verzicht auf Maßregelung der Streikenden.** Das Unternehmen hofft offenbar, die »Rädelsführer des Streiks« mit Hilfe der bürgerlichen Gerichte zur Strecke bringen zu können. Am 4. April sollte das Arbeitsgericht die fehlende Zustimmung des Betriebsrats zur fristlosen Kündigung des Betriebsratsvorsitzenden ersetzen. Der Betriebsratsvorsitzende soll am ersten Streiktag bei einer Rangelei am Fabriktor angeblich den Produktionsleiter verletzt haben. Nach drei Stunden Beweisaufnahme wurde die Verhandlung vertagt, dem BR-Vorsitzenden konnte also nicht aufgrund eines Urteils gekündigt werden. *»Neupack wertet dies als Hinweis darauf, dass juristisch die Vorfälle sehr ernst genommen werden.«* (Pressemitteilung 05.04.13) Ursprünglich hatten Neupack und die IG BCE-Führung das Ende dieses Prozesses vor dem Arbeitsgericht als Frist gesetzt, um sich auf den Verzicht auf Maßregelungen zu einigen. Neupack ließ diese Erklärungsfrist verstreichen, die IG BCE erklärte daraufhin die Verhandlungen für *»gescheitert«*. (Streikinfo 50)

Wenige Tage später forderten die Flexi-Streikenden in einer Streikversammlung, dass ihre Mitsprache in der Streikleitung und ihr Einfluss auf das Streikkonzept grundsätzlich verbessert werden. Zu diesem Zweck hatten sich die Streikenden in der Osterpause untereinander verständigt. Der Streikleiter der IG BCE aus Hannover zeigte sich aufgeschlossen und bat um eine schriftliche Handreichung für den Hauptvorstand. Eine Woche später ist diese Initiative noch immer ohne Antwort seitens dieses Hauptvorstandes.

Hingegen titelte das Streikinfo der IG BCE in der Zwischenzeit (12. April): *»Durchbruch erzielt: Neupack verzichtet auf Maßregelungen«* (Streikinfo 52) *»Dramatische Stunden am Donnerstag in Hannover und Hamburg. Nachdem der Geschäftsführende Hauptvorstand der IG BCE sich in Hannover intensiv mit dem Thema Neupack befasst hatte, trafen am Nachmittag und am Abend doch noch neue Zugeständnisse aus der Hamburger Neupack-Zentrale bei der IG BCE ein.«* Danach verzichtete Neupack auf *»jegliche Maßregelungen«*, ausgenommen *»Sachverhalte, die im weiteren Sinne Offizialdelikte darstellen«*. Doch die Befürchtungen der Kollegen bestehen bei diesen verwaschenen Formulierung weiter, Schriftliches kennen sie nicht. Nach drei Streiktagen in der vergangenen Woche arbeitet die Streikmannschaft wieder. Drei Kollegen in Rotenburg sollen zermürbt die Streikfront verlassen haben.

Seit Anfang März fühlt sich das Unternehmen Neupack offensichtlich sicherer. Die teuren Sicherheitsmannschaften mit Hunden wurden wieder nach Hause geschickt. Die polnischen »Streikbrecher« werden nicht mehr in Bussen zur Arbeit chauffiert, sie müssen allein den Weg zur Arbeit finden. Auch die Kosten für Unterkunft werden jetzt von ihrem Lohn abgezogen. Dafür erhielten alle neu eingestellten »Streikbrecher« das Angebot, ihren Vertrag bis 2014 zu verlängern, 40 Arbeitskräfte nahmen das Angebot an. Die Flexi-Streikenden unterstellen dem Unternehmer die Absicht, sich eine neue Betriebsmannschaft für Neupack aufzubauen und die, die den Kampf für einen Haustarifvertrag nicht aufgeben, entlassen zu wollen. Der Plan scheint aktueller denn je. Stand: 15.04.13 ■

■ NEUPACK-ARBEITSKAMPF WAR DER ANLASS:

Veranstaltung bei verdi zum Streikrecht

Drei Monate dauerte der Streik bei Neupack schon. Da lud am 12. Februar 2013 der Ortsverein Hamburg des ver.di-Fachbereichs 08 zu einer Veranstaltung mit dem Thema »Unser Recht auf Streik steht doch nur auf dem Papier…« Während RA Christian Schoof, langjähriger Gewerkschaftssekretär der IGM-Bezirksleitung Küste und juristischer Berater der Streikenden bei der Firma Neupack, den derzeitigen Stand der Rechtsprechung zum Arbeitskampfrecht beschrieb, nahm RA Benedikt Hopmann zu dem Thema der Veranstaltung unter einem anderen Gesichtspunkt Stellung: Bestreikte Unternehmen können einen Streik dadurch leer laufen lassen, dass sie die Streikenden sofort durch Leiharbeiter oder durch Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträgen ersetzen. Zum Schutz des Grundrechts auf Streik forderte RA Hopmann ein Verbot solcher Einsätze.

Wir drucken die Stellungnahme hier in einer überarbeiteten Fassung ab. Der Autor nahm dabei auch Vorschläge auf, die von Teilnehmer/innen in der anschließenden Diskussion gemacht wurden. Am Ende der Versammlung beschlossen die TeilnehmerInnen auf Initiative der Versammlungsleitung eine Resolution, die ebenfalls ein gesetzliches Verbot des Einsatzes von Leiharbeitern und von Arbeitskräften mit befristeten Arbeitsverträgen in bestreikten Betrieben forderte. Diese Fassung erschien zuerst in der Zeitschrift Sozialismus Heft 3/2013, hier ist sie u.a. um die Fussnoten gekürzt. Die vollständige Fassung mit allen Fußnoten ist zu finden unter **www.arbeiterpolitik.de**.

Durch Rechtsbruch zu besserem Recht.

Diese Maxime gilt auch für das Arbeitskampfrecht. Ohne verbotene Streiks kein Ende des Streikverbots – der Streik wäre noch heute verboten, wenn nicht vor über 150 Jahren Arbeiter trotz Streikverbots gestreikt hätten. Zugleich forderte 1864 der Berliner Buchdruckerverein ein Ende des Streikverbots und das Recht der Koalition »*im Interesse einer annäherungsweisen Ausgleichung des Übergewichts des Unternehmers über den unbemittelten Arbeiter*«. Der Rechtsbruch und die Forderung nach einem besseren Recht gingen also Hand in Hand. Das Verständnis der Arbeiter, was Recht und was nicht Recht ist, war eben ein anderes als das herrschende Verständnis von Recht und Unrecht. Auch heute noch sind bestimmte Streikziele verboten. So der Streik, der direkt unternehmerische Entscheidungen erzwingen will, insbesondere direkt Betriebsschließungen oder Betriebsverlagerungen verhindern will. Oder der Streik mit politischen Zielen.

Trotzdem gibt es zahlreiche Beispiele, in denen sich die Gewerkschaften an dieses Verbot des politischen Streiks nicht gehalten haben. **Nur wenn ein Streik gegen das geltende Recht verstößt und sich über die herrschende Rechtsprechung hinwegsetzt, kann eine neue gerichtliche Entscheidung herausgefordert werden.** Nur so können die Gerichte gezwungen werden, ihre eigenen Rechtspositionen zu überprüfen. Nur so haben die Gerichte Gelegenheit, ihre Rechtsprechung zu ändern. Ich spreche hier nicht für den Rechtsbruch mit unübersehbaren Folgen. Vielmehr geht es um den kalkulierten Rechtsbruch, also um einen Rechtsverstoß mit abschätzbaren Folgen, die bewusst in Kauf genommen werden. Gleichzeitig sollten jedoch immer auch politische Forderungen gestellt werden, die auf gesetzlichem Wege Einschränkungen des Streikrechts aufheben, wie das schon der Berliner Buchdruckerverein 1864 mit seiner Forderung nach Aufhebung des Koalitionsverbots und des Streikverbots tat. Aber es geht heute nicht mehr nur um die Aufhebung von Einschränkungen von Streikzielen, es geht zunehmend auch um den Schutz des Rechts auf Streik selbst. Dieses fundamentale Freiheitsrecht ist zwar heute als Grundrecht anerkannt und trotzdem zunehmend gefährdet.

Die Tarifbindung hat in den letzten 15 Jahren nicht nur in den neuen, sondern auch in den alten Bundesländern erheblich abgenommen. Eine Veröffentlichung in den WSI-Mitteilungen kommt zu dem Ergebnis, dass von 1996 bis 2011, also in 15 Jahren, **die Flächentarifbindung bezogen auf die Beschäftigten in Ostdeutschland um 19 Prozent und in Westdeutschland um 16 Prozent zurückging.** Michael Kittner weist in seinem Buch »Arbeitskampf« darauf hin, dass dies zur Zunahme von Konflikten um einen Tarifvertrag in einzelnen Betrieben oder einzelnen Unternehmen führen muss; denn mit der Abnahme der Tarifbindung ist »*der Verteilungskonflikt nicht aus der Welt*«.

Diese betrieblichen Konflikte werden angesichts einer rasch wachsenden Zahl von ungesicherten Arbeitsverhältnissen geführt. Die Zahl der Leiharbeiter hat inzwischen wieder die Größenordnung der Zeit vor der Krise erreicht und die ganz überwiegende Zahl der Neueingestellten bekommt nur befristete Arbeitsverträge.

Insbesondere wenn einzelne Unternehmen oder Betriebe durch Streik in die Tarifbindung gezwungen werden sollen, setzen die Arbeitgeber gezielt Leiharbeiter und Arbeitnehmer mit befristeten Arbeitsverträgen ein und suchen durch ihren Einsatz gewerkschaftlichem Handeln die Grundlage zu entziehen. Sie nutzen dabei die Möglichkeiten, die ihnen die bestehende Rechtsordnung bietet. Das zwingt dazu, die geltende Rechtsprechung und die bestehende Gesetzgebung zu überprüfen. Zum Schutz des Grundrechts auf Streik.

Welche Forderungen müssen zur Verteidigung des Grundrechts auf Streik gestellt werden?

1. Der Einsatz von Leiharbeitern in bestreikten Betrieben muss verboten werden!

Zur Streikarbeit meinte das Bundesarbeitsgericht schon in einer Entscheidung aus dem Jahr 1957, »*dass die Soli-*

darität der Arbeitnehmer untereinander und namentlich in einem bestimmten Betrieb auch von der Rechtsordnung berücksichtigt werden muss. Es ist dem Arbeitnehmer nicht zuzumuten, den Streikenden in den Rücken zu fallen.« Die richtige Konsequenz daraus wäre, Anweisungen zur Streikarbeit zu verbieten. Das Bundesarbeitsgericht verbietet jedoch Streikarbeit nicht. Es erlaubt nur dem Einzelnen, einer Anweisung zur Streikarbeit nicht zu folgen. Der Einzelne darf also Streikarbeit verweigern.

Auch der Einsatz von Leiharbeitern in einem bestreikten Unternehmen wird nur in dieser Weise eingeschränkt, dass der einzelne Leiharbeiter das Recht hat, diesen Einsatz zu verweigern. Zwar verpflichtet das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz die Leiharbeitsfirma, den Leiharbeiter auf sein Arbeitsverweigerungsrecht hinzuweisen und den Lohn auch weiter zu zahlen, wenn er die Arbeit verweigert. Aber der Leiharbeiter selbst kann nach erfolgreichem Streik keinen höheren Lohn erwarten. Von ihm wird also ein ganz besonderes Maß an Solidarität verlangt. Eine Farce, weil die Entscheidung zur Arbeitsverweigerung auf den einzelnen Leiharbeiter abgewälzt wird. Er muss diese Entscheidung ganz allein treffen. *»Dem Arbeitnehmer wird in der zugespitzten Situation zugemutet, Mut gegenüber den Zumutungen des Arbeitgebers für unzumutbare Arbeiten zu zeigen.«* Diese Zumutungen treffen einen Leiharbeiter, obwohl er es, wie alle anderen Arbeitnehmer, gewohnt ist, den Anweisungen seiner Vorgesetzten zu folgen, und dazu auch in aller Regel verpflichtet ist. Eine solche Entscheidung darf einem Leiharbeiter nicht aufgezwungen werden können. Der Leiharbeitsfirma darf nicht erlaubt sein, solche unsittlichen Anweisungen zur Streikarbeit zu geben. Der Leiharbeitsfirma muss verboten sein, Leiharbeiter in bestreikten Betrieben einzusetzen, unabhängig von der Bereitschaft des einzelnen Leiharbeiters, die Arbeit zu verweigern.

Ein Verbot durch Gesetz ist auch deswegen naheliegend, weil es dieses Verbot durch Tarifvertrag schon gibt. Die Leiharbeitsfirmen, die an den Tarifvertrag des DGB gebunden sind, haben sich also schon freiwillig diesem Verbot unterworfen. Es geht also nur darum, dass alle Leiharbeitsfirmen von diesem Verbot erfasst werden. Auch die Leiharbeitsfirmen, die nicht an diesen Tarifvertrag gebunden sind. Auch Leiharbeitsfirmen aus dem Ausland. Am besten verbietet man auch den Entleihern den Einsatz von Leiharbeitern in bestreikten Betrieben. Alle Schlupflöcher, die ein Tarifvertrag nicht schließen kann, müssen geschlossen werden. Es geht also nur darum, dieses Verbot für alle, unabhängig von ihrer Tarifgebundenheit und unabhängig davon, ob sie ihren Standort im In- oder Ausland haben, verbindlich zu machen. Und es wäre ja auch nicht das erste Mal, dass einem Tarifvertrag eine entsprechende gesetzliche Regelung folgt.

2. Aber es reicht nicht, den Einsatz von Leiharbeitern in bestreikten Betrieben zu verbieten. Denn die Geschäftsführung eines bestreikten Unternehmens kann über den Einsatz von Arbeitskräften mit befristeten Arbeitsverträgen dasselbe Ziel erreichen wie über den Einsatz von Leiharbeitern. Ein Verbot des Einsatzes von Leiharbeitskräften hilft da nicht weiter. Als zweite politische Forderung schlage ich also vor:

Einem bestreikten Unternehmen muss der Abschluss von befristeten Arbeitsverträgen für den Einsatz in einem bestreikten Betrieb verboten werden!

Nach der herrschenden Rechtsprechung haben Arbeitnehmer, die direkt mit einem bestreikten Unternehmen einen befristeten Arbeitsvertrag vereinbaren, nicht einmal mehr das Recht zur Arbeitsverweigerung. Dies gilt jedenfalls dann, wenn der Arbeitsvertrag ausdrücklich zu dem Zweck abgeschlossen wurde, die durch den Streik ausgefallenen Arbeitszeiten auszugleichen. Dann sind diese befristet eingestellten Arbeitnehmer verpflichtet, den Weisungen der Geschäftsführung zu folgen, zu arbeiten und den Streikenden in den Rücken zu fallen. Aber was wir schon im Zusammenhang mit dem Einsatz von Leiharbeitern in bestreikten Betrieben gesagt hatten, gilt auch hier: Selbst wenn es ein individuelles Arbeitsverweigerungsrecht gäbe, würde es nicht weiterhelfen. Entscheidend ist, dass es dem Arbeitgeber erlaubt ist, einem Arbeitnehmer einen derart unsittlichen Arbeitsvertrag anzubieten. Es kommt darauf an, das zu verbieten. Alles andere ist mit dem Grundrecht auf Streik nicht vereinbar. Egal ob durch den Einsatz von Leiharbeitern oder durch den Einsatz von Arbeitern, mit denen bestreikte Unternehmen direkt befristete Arbeitsverträge abschließen – **das Grundrecht auf Streik wird verletzt**. Ich meine dabei nicht die Situation, in der die Arbeit weitergeht, weil sich zu wenige an dem Streik beteiligen. Da hilft kein Gesetz. Da hilft nur, dass die Gewerkschaft mehr Kolleginnen und Kollegen organisiert und mobilisiert. Ich meine die Situation, in der die Arbeit, die die Streikenden niedergelegt haben, weitergeht, weil die Streikenden ersetzt werden und weil die Belegschaft wieder aufgefüllt wird. Wenn die Arbeit aus diesem Grund weitergeht, ist das Grundrecht auf Streik verletzt.

Zur Verdeutlichung seien einige Sätze zum Grundrecht auf Streik erlaubt.

Dieses Recht ergibt sich aus der im Grundgesetz garantierten Koalitionsfreiheit, also aus dem Recht der abhängig Beschäftigten, Koalitionen, insbesondere Gewerkschaften zu bilden. Im Zuge der Notstandsgesetzgebung wurde der Arbeitskampf als Grundrecht ausdrücklich in Art. 9 Abs. 3 GG aufgenommen.

Zunächst ist das Streikrecht nichts anderes als die Freiheit, gemeinsam mit anderen Kolleginnen und Kollegen mit der Arbeit aufzuhören. Dieses Recht, mit der Arbeit aufzuhören, hat es nicht immer gegeben. Sklaven hatten dieses Recht nicht. Auch nicht Bauern, die Frondienste auf den Feldern ihrer Herren leisten mussten. Die Arbeitskraft musste erst zur Ware werden, so dass Arbeitsverträge über diese Ware abgeschlossen werden konnten; Arbeitsverträge, die gekündigt werden können und damit das Recht einschließen, nach Ablauf der Kündigungsfrist mit der Arbeit aufzuhören. Das war bis 1900 kein Problem, weil die meisten Arbeiter Tagelöhner waren oder auch noch bis 1914 Arbeitsverträge mit nur wenigen Tagen Kündigungsfrist hatten. Erst seit knapp 50 Jahren sind Streiks ohne Kündigung der Arbeitsverträge möglich. Seitdem sagt man: Das Arbeitsverhältnis wird suspendiert. Daraus folgt die Pflicht des Arbeitgebers, alle Streikenden nach Ende des Streiks weiterzubeschäftigen. Aber unabhängig von diesen Fragen der Kündigung und der Einhaltung der Kündigungsfristen bei Beginn des Streiks und der Frage der Weiterbeschäftigung nach dem Ende des Streiks bleibt es dabei: Das Streikrecht ist zunächst nichts anderes ist als die Freiheit, gemeinsam mit anderen Kolleginnen und Kollegen mit der Arbeit aufzuhören, die Arbeit niederzulegen. Wer einen Arbeitsvertrag hat, ist eben kein Sklave.

Aber das beschreibt nicht vollständig das Grundrecht auf Streik. Es fehlt die Kehrseite der Medaille, die Beschreibung der Wirkung, die gerade aus dem vereinten Handeln, aus der gemeinsamen Arbeitsniederlegung entsteht. Das ganze geölte Räderwerk eines bestreikten Betriebes gerät ins Stocken und steht – wenn alle ihre Arbeit einstellen – still. Braucht es jetzt eine zusätzliche Rechtfertigung dafür, dass Arbeiter die Arbeit gemeinsam niederlegen können? Eigentlich nicht. Die Begründung *»Wer einen Arbeitsver-*

trag hat, ist kein Sklave« sollte ausreichen. Auch im Grundgesetz wird das Recht auf Streik ohne Vorbehalt garantiert. Trotzdem werden wir eine zusätzliche Rechtfertigung für die Wirkung, auf die es im Streik ankommt, vortragen. Auch deswegen, weil das Bundesverfassungsgericht einem vorbehaltslosen Grundrecht andere Grundrechte gegenüberstellt und dann die entgegenstehenden Positionen unter Berücksichtigung der Bedeutung und Tragweite des Grundrechts auf Streik zum Ausgleich bringen muss.

Alle wichtigen Unternehmensentscheidungen treffen entweder die Unternehmenseigner selbst oder deren Geschäftsführer oder Vorstände. Sie allein entscheiden über die Verwendung der Gewinne, die Investitionen, über Betriebsverlagerungen, Betriebseinschränkungen oder gar die Stilllegung eines ganzen Betriebes. Diese Entscheidungsrechte leiten die Unternehmenseigner aus dem Eigentum an dem Unternehmen her, ohne jemals zu fragen, wer diese Werte geschaffen hat, die die Rechtsordnung später zum Eigentum der Unternehmenseigner erklärt. Es werden Entscheidungen allein von den Unternehmenseignern getroffen, obwohl sie fundamentale Folgen für diejenigen haben, die diesen ganzen Betrieb tagtäglich in Gang halten. Das ist die strukturelle Unterlegenheit der Arbeitnehmer, von der auch das Bundesverfassungsgericht spricht. Diese Unterlegenheit können die abhängig Beschäftigten zumindest zeitweise nur mit Hilfe ihres Grundrechts auf Streik ausgleichen. Anders können sie sich nicht behaupten. Das Bundesarbeitsgericht sagt, ohne dieses Grundrecht auf Streik bliebe den Gewerkschaften nur »kollektives Betteln«. Die Unternehmen würden ohne das Grundrecht auf Streik das »ob« von Verhandlungen und das »wie« des Verhandlungsergebnisses »diktieren«. Das ist die Rechtfertigung dafür, dass durch Streik Druck ausgeübt wird, indem *»dem Arbeitgeber wirtschaftliche Schäden zufügt werden«*. Sie sollen ihn zum Einlenken bewegen. Nur das führt zu einer Verhandlungsmacht der abhängig Beschäftigten. Nur diese durch den Streik aufgebaute Verhandlungsmacht verhindert ein Diktat der bestreikten Unternehmen.

Genau wegen dieser Möglichkeit, durch den Streik Verhandlungsmacht aufzubauen, bekämpfen die Unternehmer das Recht auf Streik seit jeher. Die Methoden der Unternehmer zur Bekämpfung dieses Grundrechts sind zahlreich:

So fordern sie immer wieder das Verbot des Grundrechts auf Streik zumindest für bestimmte Bereiche und unter Berufung auf das Gemeinwohl, wobei zur Durchsetzung zunächst an Geldzahlungen, Kündigungen usw. zu denken wäre. Wie wenig eine Regierung von dem Recht auf Streik hält, zeigt sie gerade in einem anderen Land, in Griechenland, wo die streikenden U-Bahnfahrer und Seeleute zwangsverpflichtet werden – auf der Grundlage eines Gesetzes aus Zeit der griechischen Militärdiktatur und mit Gewalt. Mit dem Beharren auf Sparprogrammen und Lohnkürzungen ist die deutsche Bundesregierung für diese Politik direkt verantwortlich.

Auch andere Wege können zum Ziel führen. Es sei an die Initiative von 2002/2003 erinnert. Diese Initiative wollte das Streikrecht dadurch aushebeln, dass das Recht zur Änderung von Tarifverträgen auf die Betriebsräte verlagert werden sollte – auf die Betriebsräte, die kein Streikrecht haben, sondern einer gesetzlichen Friedenspflicht unterworfen sind. Die Unternehmer versuchen immer wieder Löhne und Gehälter mit Betriebsräten unter Verstoß gegen die Tarifsperre des Betriebsverfassungsgesetzes zu regeln.

Wieder ein anderer Weg besteht darin, einen Tarifvertrag zumindest zum Teil durch Gesetz wieder aufzuheben. So ließ das Bundesverfassungsgericht ein Gesetz zu, das den Unternehmen erlaubte, tarifliche Urlaubsansprüche mit bezahlten gesetzlichen Freistellungsansprüchen zur medizinischen Versorgung und Rehabilitation zu verrechnen: Auf fünf Tage Rehabilitation konnte der Unternehmer zwei Urlaubstage aus Tarifvertrag anrechnen, den tariflichen Urlaubsanspruch also um zwei Tage verkürzen. Warum sollen die Gewerkschaften noch zum Streik aufrufen, wenn später durch Gesetz der erstreikte Tarifvertrag wieder zunichte gemacht werden kann?

Wieder ein anderer Weg, das Grundrecht auf Streik auszuhebeln, besteht darin, dem Streik jede Wirkung zu nehmen. Und das ist der Ansatz, um den es hier geht: Die Arbeit, die die Streikenden niedergelegt haben, lässt die Geschäftsführung des bestreikten Unternehmens von anderen Arbeitskräften weitermachen; z.B. über eine Leiharbeitsfirma. Und wenn das nicht geht, über den Abschluss von befristeten Arbeitsverträgen. Entscheidend ist nur, dass die Wirkung des Streiks konterkariert wird, dass die Arbeit trotz Streik weitergeht. Und die Gerichte machen mit: Wenn Streikposten verhindern, dass diese Arbeitnehmer in den Betrieb kommen, dann holt sich der Unternehmer beim Arbeitsgericht einen Titel und lässt im Wiederholungsfall ein Ordnungsgeld von bis zu 100.000 EUR festsetzen. Anstatt das Grundrecht auf Streik zu schützen, werden diejenigen geschützt, die dieses Grundrecht aushebeln.

3. Dem muss ein Riegel vorgeschoben werden.

Der Einsatz von Leiharbeitern oder von Arbeitskräften mit befristeten Arbeitsverträgen in bestreikten Betrieben ist nach internationalen Normen unzulässig und in Frankreich verboten. Was in Frankreich verboten ist, sollte den Unternehmern in Deutschland nicht erlaubt sein. Zum Schutz des Grundrechts auf Streik müssen die Gesetze geändert werden. Es geht nicht anders. Wie sagte B. Brecht: »*Dass Du Dich wehren musst, wenn Du nicht untergehen willst, das wirst Du doch einsehen.*«

Ich wiederhole noch einmal die beiden politischen Forderungen und zwar als gesetzliche Vorschrift:

Zum Schutz des Grundrechts auf Streik ist der Einsatz von Leiharbeitnehmer in bestreikten Betrieben verboten.

Dieses Verbot ist als Ergänzung in das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz aufzunehmen. Außerdem ist das Teilzeit- und Befristungsgesetz um folgende Vorschrift zu ergänzen:

Zum Schutz des Grundrechts auf Streik ist einem bestreikten Unternehmen der Abschluss von befristeten Arbeitsverträge zum Einsatz in einem bestreikten Betrieb verboten.

Um die Einhaltung dieser beiden Verbote zu sichern, müssen dem Verbot im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz und dem Verbot im Teilzeit- und Befristungsgesetz folgende Sätze folgen:

Die Gewerkschaft, die zum Streik aufgerufen hat, ist berechtigt, zur Durchsetzung dieses Verbots beim Arbeitsgericht Unterlassungsanträge zu stellen und die Androhung und Festsetzung eines Ordnungsgeldes zu beantragen. In § 36 Abs. 3 SGB III muss die Vorschrift zur Arbeitsvermittlung in bestreikte Betriebe geändert werden und lauten:

Die Agentur für Arbeit darf nicht in einem durch einen Arbeitskampf unmittelbar betroffenen Bereich vermitteln.

Bis jetzt darf die Agentur für Arbeit in diesem Bereich *»nur dann vermitteln, wenn der Arbeitssuchende und der Arbeitgeber dies trotz eines Hinweises auf den Arbeitskampf verlangen.«* Und schließlich fordern wir generell:

Keine Personaleinstellungen während eines Streiks.

Die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates müssen auch während eines Streiks weiter gelten. Zur Verhinderung von Einstellungen während eines Streiks soll das Betriebsverfassungsgesetz in § 99 Abs. 2 ergänzt werden:

Der Betriebsrat kann die Zustimmung auch verweigern, wenn eine Einstellung während eines Streiks vorgenommen werden soll.

Die Arbeitsgerichte müssen ihre Rechtsprechung aufgeben, die die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates in einem bestreikten Betrieb einschränkt. **Diese einschränkende Rechtsprechung schützt die Arbeitgeber, nicht aber das Grundrecht auf Streik und die Tarifautonomie.** Zur Unterstützung einer Änderung in der Rechtsprechung ist der Gesetzgeber zu einer entsprechenden Klarstellung im Betriebsverfassungsgesetz aufgefordert. In Verbindung mit den vorgeschlagenen Verboten kann dann der Betriebsrat die Einstellung auch nach § 99 Abs. 2 Nr. 1 BetrVG verweigern, weil der Arbeitgeber mit der Einstellung gegen ein Gesetz, und zwar gegen das Verbot im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz bzw. gegen das Verbot im Teilzeit- und Befristungsgesetz verstößt.

Es ist möglich, dass das alles noch nicht reicht, insbesondere wenn man an den zunehmenden Missbrauch von Werkverträgen denkt. Aber ein Anfang wäre gemacht.

Gerade weil die Zahl der Beschäftigten, die einer Tarifbindung unterliegen, in den letzten 15 Jahren **erheblich abgenommen hat**, müssen die eine Chance haben, die sich dem entgegenstemmen. Streikende müssen besser geschützt werden. Unsere Freiheit beginnt da, wo die Freiheit der Unternehmenseigner aufhört. Über 80 Prozent der Erwerbstätigen in Deutschland haben einen Arbeitsvertrag. Wer einen Arbeitsvertrag hat, will weder Sklave sein noch betteln. *Benedikt Hopmann, Rechtsanwalt in Berlin* ■

Nachtrag der Redaktion: *(Die Veranstaltung mit den Referaten der beiden Rechtanwälte ist als DVD-Film in Kürze für Gewerkschaftsmitglieder bei ver.di FB 08 Hamburg erhältlich)* Inzwischen wurde die Initiative aus dieser Versammlung von der Bürgerschaftsfraktion der Partei Die Linke, der SPD und den Grünen im Hamburger Rathaus aufgegriffen. Mit Abweichungen wurde der Antrag der Linkspartei übernommen und zu einer gemeinsamen Initiative formuliert, dass die Hamburgische Landesregierung im Bundesrat einen Antrag mit entsprechendem Inhalt einbringen möge. **Dieser Antrag aus Hamburg kann im Bundesrat nur Erfolg haben, wenn in anderen Bundesländern die Parteien von um das Streikrecht besorgten Gewerkschaftern laut und deutlich aufgefordert werden, sich im Bundesrat dieser Initiative anzuschließen.** *16. 4. 2013* ■

■ ITALIENISCHE VERHÄLTNISSE

Wahlen im Zeichen des Protestes

Der Ausgang der italienischen Parlamentswahlen stieß in Deutschland auf weitgehendes Unverständnis. Das schlechte Abschneiden von **Mario Monti,** der im November 2011 angesichts steigender Zinsen für italienische Staatsanleihen und durch den Druck der EU-Gremien den Medienzar **Silvio Berlusconi** als Ministerpräsident ablöste, sorgt vielfach für Verwirrung. Es herrscht die Angst, die Reformpolitik, wie sie von Monti in Angriff genommen wurde, könne nun beendet sein und Italien werde unregierbar. Monti und seine »technische Regierung« waren ein gutes Jahr im Amt und ihre Gesetzesvorlagen wurden von allen Parteien außer der Lega Nord unterstützt. Als Berlusconi im Dezember 2012 die Unterstützung beendete, wurden vorgezogene Neuwahlen notwendig. Aufgabe Montis war es, die Finanzmärkte zu »beruhigen«, und hierzu verschärfte er die Sparprogramme, die Berlusconi zuvor nur zögerlich umgesetzt hatte.

Diese Politik sorgte tatsächlich für eine Beruhigung der Banken und Finanzinvestoren und führte zu niedrigeren Zinsen für Staatsanleihen. Dafür wurde Monti in der Finanzwelt, beim italienischen Großkapital und in den Gremien der EU hoch geschätzt. Der Masse der italienischen Wählerinnen und Wähler muteten Montis Sparprogramme jedoch große Opfer zu: Längere Lebensarbeitszeit, Rentenkürzungen, Erhöhung der Verbrauchssteuern, Lockerung des Kündigungsschutzes und die Wiedereinführung der von Berlusconi 2008 abgeschafften Steuer auf das erste Haus bzw. die erste Eigentumswohnung. Diese Maßnahmen verschärften die Rezession, die seit 2011 Italien im Griff hat. Die Arbeitslosigkeit stieg im Januar 2013 auf 11,7 Prozent. Unter Jugendlichen waren es 38,7 Prozent und im Süden sind schon mehr als die Hälfte der Jugendlichen ohne Arbeit, was in etwa griechischen Verhältnissen entspricht.

Nach einer Studie des Unternehmerverbands »Rete Imprese Italia« ist das Durchschnittseinkommen 2012 um 4,8 Prozent, absolut um 879 Euro gesunken. Für 2013 wird ein weiterer Rückgang um 342 Euro vorhergesagt. Der Konsum sei auf den Stand von 1998 zurückgefallen und jede Minute schließe in Italien ein Unternehmen. Die Tageszeitung »La Repubblica« berichtete am 3.März über Liquiditätsprobleme von Kleinunternehmen. Diese haben große Schwierigkeiten, Kredite zu erhalten und müssen dafür hohe Zinsen zahlen. Jedes zweite dieser Unternehmen sei mit den Lohnzahlungen im Verzug.

Die von Monti durchgesetzte Sparpolitik führt auch in den Kommunen zu Liquiditätsengpässen. So kann in Neapel der Busverkehr nur noch bedingt aufrecht erhalten werden, da die Verkehrsgesellschaft Treibstoff nur noch gegen Vorkasse erhält. Löhne werden nur noch für die Busfahrer gezahlt, Wartungen können nicht mehr durchgeführt werden.

Berlusconi als Anführer des Protests?

Auf die Nöte der Kleinunternehmer, Handwerker und Händler zielte der Wahlkampf von Silvio Berlusconi. Diese Schichten gehören traditionell zur Basis seines Blocks und sind zahlenmäßig sehr viel größer als in Deutschland. Sie sind auf den Binnenmarkt angewiesen und haben dadurch keinen Vorteil von besseren Exportchancen der italienischen Industrie, neben der Sparpolitik ein wichtiges Ziel der Reformen Montis. Ein Aufbegehren gegen die Interessen des Großkapitals passt allerdings auch nicht ins Weltbild dieser Schichten. Wenn Berlusconi dann verkündet, es gebe gar keine Finanzkrise, das alles sei eine Erfindung von Angela Merkel und Sarkozy , fällt das in diesen Schichten auf fruchtbaren Boden. Es bedeutet nämlich, es könnte alles so weitergehen wie vor der Regierungsübernahme durch Monti, die Steuern könnten wieder gesenkt, Steuerhinterziehung toleriert und die Anzahl der Pleiten reduziert werden. Berlusconi behauptete sogar, der Spread, also die Differenz der Zinsen zwischen deutschen und italienischen Staatsanleihen sei eine völlig unwichtige Größe. Er habe sich in seiner Zeit nie darum gekümmert und den

Menschen sei es besser gegangen als heute. Wenn es hier keine Einigung mit den anderen EU-Staaten gebe, müsse Italien notfalls aus der Euro-Zone austreten. (FIAT-Chef Marchionne erklärte hierzu, wenn Italien diesen Schritt vollziehe, würde FIAT alle Werke in Italien schließen.) Mit seinem Wahlversprechen, die Steuer auf das erste Haus nicht nur wieder abzuschaffen, sondern auch die 2012 gezahlten Beträge zurückzuerstatten, konnte Berlusconi auch in anderen Schichten Punkte sammeln.

Mit diesen schlichten Parolen und durch vollen Einsatz seiner Medienmacht gelang Berlusconi eine Aufholjagd, die ihm nur wenige zugetraut hatten. Lag er im Dezember 2012 in Umfragen noch abgeschlagen bei maximal 15 Prozent, so konnte sich sein Wahlbündnis danach stetig steigern und bei den Wahlen sogar 29,1 Prozent erreichen, nur 0,4 Prozent weniger als der Favorit **Bersani** vom Partito Democratico (**PD**).

Dieses Ergebnis ist zwar beachtlich angesichts der ursprünglichen Vorhersagen, im Vergleich zu den Wahlen von 2008 bedeutet es aber einen herben Verlust. Berlusconis Popolo delle Libertá (**PdL**) verlor 6,3 Millionen Stimmen, das sind 46 Prozent ihrer Wähler. Die mit ihr verbündete Lega Nord verlor 1,6 Millionen Stimmen, das sind 54 Prozent ihrer Wähler von 2008. Wie sehr der Stern Berlusconis im Sinken ist, zeigt sich auch daran, dass die Lega Nord den Verzicht Berlusconis auf das Amt des Ministerpräsidenten zur Voraussetzung für ein Bündnis mit seiner PdL machte. Er hätte daher nur noch Wirtschaftsminister werden können.

Grillo: Tsunamiwelle des Protests

Während Berlusconi als Anführer einer Protestbewegung nur bedingt erfolgreich war, gelang dies dem Movimento 5 Stelle (**M5S**) mit seinem Anführer **Beppe Grillo** umso deutlicher. Erstmals bei einer Parlamentswahl angetreten, konnte er 25,5 Prozent der Stimmen gewinnen. Ganz anders als Berlusconi boykottierte er alle Fernsehauftritte und als einziger Politiker wagte er einen reinen Straßenwahlkampf. Mit seiner »Tsunami-Tour« bereiste er in einem Campingwagen von Nord bis Süd alle größeren Städte des Landes und füllte die Plätze mit Zehntausenden von Zuhörern.

Wie Berlusconi äußert auch er heftige Kritik an der EU und darüber hinaus fordert er ein Referendum über den Verbleib Italiens im Euro. Die Gewinne des M5S können nicht nur als Protest gegen die Sparpolitik Montis verstanden werden. Seine scharfzüngige Kritik richtet sich vor allem gegen die Politikerkaste. Sie gilt vielen Italienerinnen und Italienern als Ursache der Misere: Unfähig, korrupt, raffgierig und überaltert nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch in den Regionen und Kommunen. Für Unmut sorgt auch die üppige staatliche Parteienfinanzierung. Grillo will die Anzahl der Parlamentarier im Parlament, in den Regionen und Kommunen halbieren und die Ebene der Provinzen komplett abschaffen. Die Abgeordnetengehälter – die höchsten in Europa – sollen radikal reduziert werden. Die neugewählten Abgeordneten des M5S haben angekündigt alle Einkünfte über 2500 Euro an gemeinnützige Projekte zu spenden. Der M5S verzichtet auf die ihm nach dem Wahlergebnis zustehenden 42,7 Millionen Euro. Vorbestrafte sollen nicht mehr für politische Ämter kandidieren können. Dies richtet sich vor allem gegen korrupte Politiker und solche mit Mafiakontakten. Aber Grillo selbst hält sich auch daran: Vorbestraft als Schuldiger an einem Verkehrsunfall kandidierte er selbst nicht für das Parlament. Die Kandidaten auf der Liste sind deutlich jünger als bei anderen Parteien und in der Regel sehr qualifiziert.

Inhaltlich ist die Bewegung schwer zu fassen. Mit der Forderung nach einem Bürgergeld von 1000 Euro und der Einführung der 20-Stunden-Woche werden hauptsächlich Arbeitslose und Linke angesprochen. Wenn es um die Einbürgerung von Migrantinnen und Migranten geht, vertritt Grillo aber Positionen, die eher auf der Rechten zu finden sind. Und die neue Fraktionsvorsitzende Roberta Lombardi schwadronierte in ihrem Blog auch schon einmal davon, dass der Faschismus eigentlich eine gute Idee gewesen, in der Praxis dann aber leider degeneriert sei.

Eindeutig positioniert sich der M5S gegen verschiedene geplante teure Großprojekte wie etwa die dem TAV, der Schnellbahnverbindung Turin-Lyon mit einem geplanten gigantischen Tunnelsystem. Die Kompetenzen des Parlaments sollen durch Elemente »direkter Demokratie« geschwächt werden, in denen das Internet eine zentrale Rolle spielt.

Mit seiner antipolitischen Haltung kann er enttäuschte Wählerinnen und Wähler aus allen Schichten an sich binden. Wirtschaftliche Zusammenhänge und damit die Klasseninteressen bleiben ausgespart. Die Lösung der Probleme wird in der Ablösung der alten Politikerriege durch neue, fähigere Leute gesehen. Stimmen gewann Grillo aus allen politischen Lagern: 37 Prozent seiner Wähler gingen 2008 nicht zu den Urnen, 27 Prozent kommen aus dem rechten Lager und 30 Prozent von der sogenannten linken Mitte.

Der M5S hat bisher keine richtigen Strukturen und es gab noch keinen Parteitag. Die Kommunikation untereinander findet im Internet statt, und der Blog Beppe Grillos ist das wichtigste Medium für die Öffentlichkeit. Grillo ist der unumstrittene Führer der Bewegung und wer abweichende Meinungen äußert, wird von ihm selbstherrlich ausgeschlossen. In krassem Gegensatz zu Grillos lautstarken und polemischen Äußerungen steht die Praxis der Bewegung dort, wo sie politische Funktionen erringen konnte, z.B. als Bürgermeister von Parma oder im sizilianischen Regionalparlament. Dort zeichnen sie sich durch eine große Harmlosigkeit aus, was von der bürgerlichen Presse als konstruktive Mitarbeit bezeichnet wird.

Das Scheitern Montis und der PD

Mario Monti genoss im Ausland hohes Ansehen als konsequenter Haushaltssanierer und war der Kandidat des italienischen Großkapitals. Der Präsident von Ferrari, Luca Cordero di Montezemolo, hat sich im Wahlkampf sehr engagiert für Monti eingesetzt. Mit seiner Vereinigung »Italia Futura« hat Cordero sich in die Tagespolitik eingemischt und ein Bündnis aus den Parteien der »Mitte« geschmiedet, um Monti zur Ministerpräsidentschaft zu verhelfen. Dass dieses Bündnis hierfür alleine nicht die nötigen Stimmen aufbringen konnte, war von vornherein klar. Die letztlich erreichten 10,2 Prozent dürften für dieses Lager allerdings doch eine herbe Enttäuschung gewesen sein.

Eine Unterstützung durch den PD wäre für die Monti-Anhänger die Wunschkonstellation gewesen. Die Zusammenarbeit zwischen dem PD-Chef Bersani und Ministerpräsident Monti war stets reibungslos. Der PD stimmte allen Gesetzesvorlagen der Regierung zu. Manchmal konnte Bersani im Zuge der Gesetzesberatungen die eine oder andere kleine Korrektur im Sinne der Gewerkschaften durchsetzen. Auch er selbst war einer Koalition mit Monti nicht abgeneigt und sah folgende Arbeitsteilung: *»Du beruhigst die Finanzmärkte, und ich beruhige die Gewerkschaften«*. Zu Beginn des Wahlkampfs konnte die PD jedoch noch auf die absolute Mehrheit hoffen und äußerte sich auch zurückhaltend über mögliche Koalitionen.

Einen Rückschlag in der Wählergunst bedeutete die Aufdeckung groß angelegter Finanzfälschungen zur Verschleierung von Verlusten bei der Bank Monte dei Paschi di Siena. Die Bank konnte nur gerettet werden, indem das

Das Wahlergebnis nach Berufsgruppen.
(Werte in Prozentangaben)

	Arbeiter	Techniker, Beamte, Angestellte	Unternehmer und Selbständige	Freiberufler	Studenten	Hausfrauen	Arbeitslose	Rentner	TUTTI
Rivoluzione Civile	3.6	2.6	1.6	2.6	2.1	1.6	2.1	2.2	2.2
Centro-Sinistra BERSANI	21.7	32.4	14.8	29.6	27.4	24.5	20.1	39.5	29.5
Centro-Destra BERLUSCONI	25.8	21.2	34.6	15.6	26.1	43.3	23.7	32.2	29.2
Centro MONTI	6.6	13.0	5.8	15.3	12.4	7.5	9.5	12.3	10.6
M5S	40.1	27.1	40.2	31.3	29.1	20.0	42.7	11.5	25.6
Altri	2.2	3.7	3.0	5.6	2.8	3.1	1.9	2.3	2.9
N. Casi	*255*	*754*	*160*	*174*	*224*	*334*	*216*	*880*	*3009*

Finanzministerium für über vier Milliarden Euro Anleihen der Bank aufkaufte. In der Führung der Bank aber saßen hochrangige PD-Mitglieder. Für viele Wählerinnen und Wähler war dies ein Beweis, dass die PD-Mitglieder auch nicht besser sind als andere Politiker.

So verfehlte die PD nicht nur den glänzenden Wahlsieg, den sie sich erhoffte, sondern hatte in absoluten Zahlen ein Minus von 3,4 Millionen Stimmen. Etwa eine Million davon wählte Grillos Bewegung.

Links der Demokraten:

Die Parteien und Wahlbündnisse links der PD konnten vom weitverbreiteten Unmut nicht profitieren. Die Partei Sinistra Ecologia Libertá (**SEL**) kandidierte im Wahlbündnis mit der PD. Dadurch gab es für die SEL keine Vier-Prozenthürde und sie kann mit enttäuschenden 3,2 Prozent immerhin noch 37 Abgeordnete ins Parlament entsenden. Die SEL entstand 2008 als Abspaltung von Rifondazione Comunista. Als Quittung für das Verhalten während der Regierung Prodi kam deren Regenbogenkoalition 2008 nicht mehr ins Parlament. Rifondazione war zuvor Koalitionspartner der Regierung Prodi, hatte an vielen von deren Gesetzesvorlagen aber grundlegende Kritik. Teilweise mobilisierte sie sogar zu Demonstrationen dagegen, stimmte im Parlament aber immer wieder auch für Maßnahmen des Sozialabbaus. Damit war Rifondazione weder für Leute wählbar, die einen konsequenten Widerstand gegen den Sozialabbau wollten, noch für Menschen, denen eine stabile Mitte-Links-Regierung wichtig war, um Berlusconi von der Macht fernzuhalten.

Nach der Wahlniederlage 2008 sammelten sich in der SEL diejenigen Kräfte aus Rifondazione Comunista, die sich als fester und zuverlässiger Bündnispartner des PD verstanden. Für eine gewisse Popularität dieser Partei sorgt der apulische Regionspräsident Nichi Vendola, der weit über SEL hinaus ein hohes Ansehen genießt. So wurde er in Vorwahlen in Apulien auch von Mitgliedern der PD als Spitzenkandidat des dortigen Mitte-Links-Bündnisses gewählt. Die SEL lehnte die Sparpolitik Montis entschieden ab, vermied aber jede Kritik an Bersani, der allen Sparpaketen zustimmte. Monti machte eine Koalition mit Bersani davon abhängig, dass dieses Bündnis nicht auf die Stimmen der SEL angewiesen sei. Er betrachtet diese Partei also als Unsicherheitsfaktor.

Die SEL vertritt eine linkssozialdemokratische Position und ist am ehesten mit dem gemäßigten Teil der Linkspartei vergleichbar. Auf der Liste der SEL kandidierte auch ein Gewerkschafter aus der Führung der FIOM, aber auch ein Arbeiter aus dem FIAT-Werk in Melfi, der wegen angeblicher Sabotage während eines Streiks entlassen wurde, dessen Entlassung von Arbeitsgerichten rückgängig gemacht wurde, der aber den Betrieb trotzdem nicht betreten darf.

Der verbliebene Teil von Rifondazione Comunista und des Partito dei Comunisti Italiani betonten nach der Wahlniederlage 2008, auch weiterhin eine eigenständige kommunistische Politik verfolgen zu wollen. Davon konnte aber bei den Wahlen 2013 keine Rede sein. Sie schlossen sich mit anderen Parteien und Persönlichkeiten zum Wahlbündnis „Rivoluzione Civile“ (Bürgerrevolution) zusammen, in dem verschiedene Staatsanwälte aus Antikorruptions- und Antimafiaprozessen den Ton angaben. Daran beteiligt war auch die Partei des Mailänder Staatsanwalts di Pietro, der Anfang der neunziger Jahre mit seinem Pool „Mani Pulite“ (Saubere Hände) die weitverzweigte Korruption unter den Politikern aufdeckte und so zum Niedergang der christdemokratischen Herrschaft beitrug.

Die beiden kommunistischen Parteien verbündeten sich hier mit durchaus honorigen Leuten, allesamt Erzfeinde von Silvio Berlusconi. Ein Klassenstandpunkt, der die besonderen Interessen der Arbeiter zum Ausdruck gebracht hätte, konnte so aber nicht entwickelt werden. Soziale und wirtschaftliche Fragen wurden in dieser Konstellation zwar nicht ausgeklammert, hatten aber keine Priorität. Das Bündnis verstand sich als Bürgerbewegung, die die Politik erneuern wollte.

Mit einem mageren Ergebnis von 2,2 Prozent blieb das Wahlergebnis für »Rivoluzione Civile« weit hinter den ei-genen Erwartungen. Allein die Partei »Italia dei valori« (Italien der Werte) von Antonio di Pietro hatte bei den Wahlen 2008 4,4 Prozent erreicht. Doch störten sich viele der damaligen Wählerinnen und Wähler wohl an den kommunistischen Bündnispartnern. Etwa zwei Drittel der ehemaligen Wähler stimmten für Beppe Grillos Bewegung.

Dass sich Parteien mit kommunistischem Anspruch in ein Bündnis mit liberalen und radikaldemokratischen Kräften einbinden lassen, ist auch Ausdruck der gering entwickelten Klassenkämpfe in Italien, die für Perspektiven über den Kapitalismus hinaus wenig Raum lassen. Der »linke« gewerkschaftliche Dachverband CGIL hat seit der Regierungsübernahme durch Monti seinen schwachen Widerstand gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeitnehmer de facto eingestellt. Während der Gesetzesberatung werden noch Änderungsvorschläge gemacht und mit Hilfe der PD manchmal auch durchgesetzt. Ansonsten versucht Gewerkschaftsführerin Camusso einen Schulterschluss mit den beiden anderen Dachverbänden CISL und UIL hinzukriegen. Mit ihnen kam es zum Bruch, da sie auch schon unter Berlusconi dessen Wirtschafts- und Sozialpolitik absegneten. Lediglich die Metallergewerkschaft FIOM versuchte auf politischer und betrieblicher Ebene den Widerstand zu organisieren. Viele Linke setzten große Hoffnungen in die FIOM und glaubten, diese könne eine Erneuerung der Gewerkschaftsbewegung im klassenkämpferischen Sinne bewirken. Doch musste die FIOM erkennen, dass sie sich in wichtigen betrieblichen Auseinandersetzungen, z.B. bei FIAT, nicht mehr durchsetzen konnte und auf politischer Ebene nicht genügend Resonanz in anderen Gewerkschaften bekam. Die FIOM dämpft daher jetzt ihre Kritik am Dachverband CGIL und sucht eine Annäherung.

Angesichts dieser Entwicklung wählten auch viele Linke die Bewegung Beppe Grillos. Von den Arbeiterinnen und Arbeitern gaben 40 Prozent ihre Stimme für Grillo. Er greift teilweise Ideen der Linken auf und ist in der Lage, Massen

zu mobilisieren, was linke Parteien so zur Zeit nicht können.

Wie weiter?

Das Wahlergebnis lässt für eine Regierungsbildung nur zwei Möglichkeiten: Eine Koalition der PD mit Berlusconis Rechtsbündnis oder eine wie auch immer geartete Kooperation des PD mit dem M5S. Beides wird von Mario Monti abgelehnt, da in jedem dieser Fälle antieuropäische Kräfte an der Regierung wären. Er spricht sich daher ganz eindeutig für Neuwahlen aus.

Bersani lehnt ein Zusammengehen mit dem PdL ab und ruft den M5S zu Verhandlungen auf. Dies wird von Grillo aber entschieden abgelehnt. Allerdings gibt es unter den Abgeordneten der Fünf-Sterne-Bewegung auch andere Stimmen, die sich durchaus eine Tolerierung einer Regierung Bersani – oder noch besser eines anderen PD-Politikers – vorstellen können. Für die Frage Regierungsbildung oder Neuwahlen wird es entscheidend sein, ob es Grillo weiterhin gelingt, abweichende Meinungen auch innerhalb der Fraktion auf seine Linie zu bringen. Die Wahl eines PD-Abgeordneten zum Vorsitzenden des Senats mit zwölf Stimmen aus dem Lager des M5S könnte ein Zeichen sein, dass Grillo seine Bewegung nicht mehr vollständig im Griff hat.

Wie auch immer die Frage einer Regierungsbildung gelöst wird, der Sparkurs wird in der jetzigen Form nur schwer fortzusetzen sein. Die Abgeordneten des M5S könnten zwar durchaus einigen Sparmaßnahmen, z.B. im Öffentlichen Dienst, zustimmen, würden sich aber sehr schnell unglaubwürdig machen, wenn sie der Masse der Bevölkerung weiterhin die Lasten der Krisenlösung aufbürden würden. Eine solche Politik ließe sich nur durchsetzen bei einem erneuten drastischen Anstieg der Zinsen für Staatsanleihen und dem Druck der EU-Spitzen und der herrschenden Klasse. Eine erneute »technische Regierung« wäre in diesem Fall durchaus denkbar. ■

■ **Ein Vierteljahrhundert nach X – Wo stehen wir heute?**

Die Welt nach dem Fall des sozialistischen Lagers – eine Skizze

Die Arabellion, der Aufstieg Chinas zum Exportweltmeister, die Kriege in Irak und Afghanistan, das Versinken großer Teile der griechischen, portugiesischen und spanischen Arbeiterklassen im Elend, die Regierungen unter Lula in Brasilien und unter Chavez in Venezuela – um nur einige Beispiele zu nennen – all diese höchst unterschiedlichen Ereignisse haben den Fall der Sowjetunion und den Untergang des sozialistischen Lagers zur Voraussetzung. Anders ausgedrückt: Sie hätten unter den Bedingungen des Kalten Krieges so nicht stattfinden können. Damals wurde jegliche Abweichung von der Blockdisziplin, etwa in Lateinamerika, von den USA gewaltsam bekämpft, wie beispielsweise in Chile oder Nicaragua.

Im Großen wie im Kleinen sind die Folgen der Niederlage der sozialistischen Weltmacht spürbar. Auch der Umstand, dass die lohnabhängigen Klassen innerhalb wie außerhalb des ehemaligen Ostblocks dem Scheitern des ersten weltumspannenden sozialistischen Experiments überwiegend gleichgültig gegenüber standen, hat den Sieg der bourgeoisen Klassen glänzender und vollständiger werden lassen, als es diese erwarten konnten. Niederlage und Demoralisierung der kommunistischen und sozialistischen Parteien in der ganzen Welt konnten größer nicht sein.

Auf der anderen Seite hat sich dadurch der Handlungsspielraum der bourgeoisen Klassen und insbesondere der führenden Industriestaaten dramatisch erweitert. Die Blockkonfrontation und damit der Zwang zu einer einheitlichen Außen- und Militärpolitik, die Unterordnung unter die Führungsmacht USA, die Rücksichtnahme auf die organisierte Arbeiterbewegung in den westlichen Industriestaaten – alle diese politischen und weltpolitischen Prämissen wurden hinfällig oder verloren an Gewicht. Es gab somit auch keine Dritte Welt mehr und keine blockfreien Staaten, der Kapitalismus und seine ökonomischen Gesetze herrschen seitdem weltweit.

Ausbreitung des kapitalistischen Marktes über die ganze Welt

Die politischen Formen der Integration der vormals sozialistischen Länder in den Weltmarkt waren entsprechend ihrer unterschiedlichen historischen und geographischen Voraussetzungen zwangsläufig uneinheitlich. Die Privatisierung der gesellschaftlichen Produktionsmittel geschah in Russland und den GUS-Staaten nach Auflösung der KPdSU zu großen Teilen durch Umwandlung in Aktiengesellschaften und Ausgabe der Wertpapiere an die Bevölkerung. Diese wurden dann zu Ramschpreisen von den späteren Oligarchen aufgekauft. In China organisiert und reguliert die nach wie vor herrschende KPCh auf den unterschiedlichen Ebenen des Staatsaufbaus die ökonomische Entwicklung vor allem durch gesamtwirtschaftliche Rahmenvorgaben und Infrastrukturausbau. Während in der vormaligen SU die staatliche Struktur (Partei und Union) binnen kürzester Frist zerfiel, gelang es der chinesischen KP bis heute, die internen Interessenkonflikte zwischen den kapitalistischen »Reformern« und den Verteidigern des sozialistischen Staats zugunsten der ersten Gruppe auf dem Kompromisswege zu lösen. Der Fall des sozialistischen Lagers (RGW) hatte die Perspektive eine Anschlusses an einen nichtkapitalistischen Wirtschaftsverbund beendet, der auch nach dem Bruch zwischen China und der SU 1960 grundsätzlich möglich blieb. Die Verfechter eines eigenständigen sozialistischen Weges hatten nur noch die Idee des Kommunismus, diejenigen des kapitalistischen Weges die Wirklichkeit des kapitalistischen Weltmarkts auf ihrer Seite; das entschied letztlich die Kontroverse. Die zentralstaatliche Ordnung wird ohnehin von keiner der maßgeblichen Kräfte in Frage gestellt.

Für sogenannte Entwicklungsländer, die schon Bestandteil des kapitalistischen Weltmarktes gewesen waren, ergaben sich andere Konsequenzen aus dem Wegfall der Systemkonfrontation, d. h. der Bedrohung durch die

soziale Revolution. Im Falle Brasiliens zum Beispiel wurde das Bündnis der organisierten Arbeiterbewegung in der Partido Trabajadero (PT) unter Lula mit Teilen der industriellen Bourgeoisie gegen die landbesitzende Oligarchie möglich, was den Einfluss modern-kapitalistischer Schichten aus Handel und Industrie gegenüber den halbfeudalen Trägern der politischen Macht ebenso verstärkte, wie es den Rückzug des Militärs aus der Politik beförderte. Die Rivalität zwischen den beiden großen Gruppen um die Gesetzgebung wie auch um wirtschaftspolitische Rahmensetzungen existiert nach wie vor, aber sie wird jetzt auf dem gewöhnlichen parlamentarischen Wege durch (vorübergehende) Kompromisse ausgetragen und nicht mehr durch Militärputsche.

Ähnliches lässt sich über die Länder sagen, die unter der Überschrift Arabellion in den globalen Medien auftauchen. Die mehr oder weniger maskierten Militärdiktaturen der alten Zeit gerieten von zwei Seiten her unter Druck: Auf der einen Seite stagnierende nationale Wirtschaften und wachsender Bevölkerungsdruck, auf der anderen Seite Überflutung der Märkte mit billigen Konsumgütern vor allem aus den asiatischen Ländern. Die Knebelung der einheimischen Händler und Fabrikanten durch die wirtschaftliche Monopolstellung der Generalsfamilien war den benachteiligten Schichten der Bourgeoisie stets schon ein Ärgernis gewesen. Aber zu einem Bündnis mit »der Straße« gegen die einheimischen Oligarchen konnte es erst kommen, als erkennbar keine Gefahr mehr bestand, dass die politischen Massenproteste zu sozialem Aufruhr gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung umschlagen würden. Dem ist offenbar fürs erste die Grundlage durch den Fall der SU entzogen, deren gesellschaftliches Modell für sozialrevolutionäre Bewegungen insbesondere der Entwicklungsländer ein Orientierungspunkt war, wie auch der RGW einen internationalen Markt neben dem kapitalistischen Weltmarkt eröffnete. Die Ziele der schwächeren Bourgeois-Fraktionen erschöpfen sich erst einmal in der Beteiligung an der Gestaltung der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, sprich »Parlamentarisierung« der Aushandlungsverfahren mit den alten Oligarchien. Die tatsächlichen Interessenkonflikte der beteiligten Bourgeois sollen nicht auf der Straße, sondern in Verhandlungen und Kommissionen mehr oder weniger geräuschlos geregelt werden, so wie es auch in den klassischen Industriestaaten üblich ist. Als Vorbild auf diesem Wege bietet sich die Türkei unter der AKP an.

Die alte »Erste Welt«

Es muss Spekulation bleiben, ob die Krisen auf den Finanzmärkten seit den späten 90er Jahren des letzten Jahrhunderts unmittelbar mit dem Fall des sozialistischen Lagers zusammenhängen. Dagegen spricht, dass es Verwerfungen auf den Finanzmärkten mit Insolvenzen von Finanzinstituten in den kapitalistischen Ländern auch nach dem II. Weltkrieg gab. Aber das Ausmaß und die Heftigkeit der Finanzkrisen der letzten fünfzehn Jahre, die nicht von Weltwirtschaftskrisen begleitet wurden, ist ohne den beispiellosen Überhang an Anlage suchendem Geldkapital nicht zu erklären. Und dieses Geldkapital hat seine Quellen in den Profiten der großen Industrien, denen Märkte mit fast zwei Milliarden Menschen zugewachsen waren, für die es keine profitablen Wiederanlagen in der Sphäre der Warenproduktion gab. Rainer Roth hat in seinen Publikationen nachgewiesen, wie sehr die Profitrate in der Finanzwirtschaft sank und wie versucht wurde, durch Verlängerung des »Finanzhebels«, sprich unbesicherten Kredit, die Profitrate zu steigern.

Es spricht jedoch viel dafür, dass die Art und Weise, wie die Regierungen und die hinter ihnen agierenden mächtigen Kapitalisten auf die Krisen reagierten, stark davon beeinflusst war und ist, dass in allen Ländern sozialistische oder kommunistische Arbeiterbewegungen wie vom Erdboden verschluckt sind. Zum einen ist es für sie nicht mehr erforderlich, sich auf der ideologischen Ebene gegen kommunistisches Gedankengut zu verteidigen. Das wurde schon Anfang der 90er Jahre in den Nachrichtenprogrammen der öffentlich-rechtlichen Sender deutlich, aber auch in der Presse, als Wirtschaftsnachrichten und -analysen, Börsenberichte deutlich mehr Raum bekamen und in der politischen Ideologie vorübergehend extreme Vorstellungen vom »Ende der Geschichte«, d.h. der Verewigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung Karriere machten. Diese ideologische Verengung des politischen Spektrums hatte z.B. in Deutschland der Position eines linken Liberalismus, sprich weniger aggressiv auftretenden Antikommunismus, wie ihn die Frankfurter Rundschau in ihrem redaktionellen Teil lange Zeit verkörperte, die Grundlage radikal entzogen und damit auch die entsprechende Leserschaft. Das erklärt zu einem Teil auch den Niedergang des Blattes.

Heute stehen in den Medien im Vordergrund Debatten darüber, wie die angeblichen Übertreibungen der Märkte durch Regulierung verhindert oder gemildert werden könnten. Es geht zu wie im Krieg, wo die Generalstäbe stets die vorangegangenen Schlachten analysieren, aber den zukünftigen recht ahnungslos gegenüber stehen, weil auch sie nicht in die Zukunft blicken können. Ein Beispiel dafür ist die EU mit ihrem speziellen Projekt der gemeinsamen Währung. Ist die EU samt ihrer Vorläuferorganisationen ein legitimes Kind der Blockkonfrontation, so ist die Währungsunion schon ein Geschöpf der neuen Zeitrechnung nach der SU. Genau dies hatte die Möglichkeit eröffnet, die EU in gewisser Weise zu spalten zwischen denen, die eine weitere Integration forcieren wollten und jenen, die mit einer gehobenen Freihandelszone mit offenem Arbeitsmarkt zufrieden waren. Es mag an dieser Stelle offen bleiben, wie tief diese Spaltung geht, und ob die britische Regierung mit ihren Revisionsabsichten allein bleiben wird. Wesentlich ist, dass Triebkraft der weiteren EU-Integration nicht ein Systemgegensatz zu einem antikapitalistischen Block ist, sondern das Bestreben, angesichts aufstrebender großer Märkte wie Asien und Lateinamerika erfolgreich konkurrieren, d. h. die internationalen Marktkonditionen mitbestimmen zu können.

Hätte man alle mit der gemeinsamen Währung verbundenen Fragen vorab klären, alle institutionellen Rahmenbedingungen vorab schaffen wollen, so wäre man über das Stadium der Verhandlungen zwischen den beteiligten Staaten niemals hinaus gekommen. Es war sicherlich allen Beteiligten klar, dass zukünftige Probleme sich eben erst in der Zukunft zeigen würden und auch dann erst gelöst werden müssten. Entscheidend war das überwiegende, gemeinsame Interesse der führenden Fraktionen der herrschenden Klassen in den Mitgliedsländern an einer gemeinsamen Währung, und damit dem Wegfall der Währungsschwankungen, die den Handel verkomplizierten und verteuerten, sowie auf längere Sicht die Verringerung der Abhängigkeit vom US-Dollar als internationaler Leitwährung.

Der Umgang mit den Krisen

In den aktuellen Wirtschaftskrisen einzelner EU-Länder dient die Union bestimmten Kapitalfraktionen als Sündenbock, um von den tatsächlichen Krisenursachen abzulenken. Das geschieht vorwiegend über die Presse und die privaten TV-Sender und wird von führenden Politi-

kern aufgegriffen. Der britische Premier David Cameron z.B. gibt der EU-Bürokratie die Schuld am wirtschaftlichen Verfall des Vereinigten Königsreichs, wo es doch die vornehmlich britischen Unternehmer waren und sind, die ihre Profite aus der Industrie und dem Finanzsektor lieber international anlegten und nicht auf der Insel. Griechische, portugiesische und spanische Medienunternehmer stilisieren Angela Merkel zur Nazi-Domina und ihre Politik zur Ursache für den Zustand ihrer nationalen Wirtschaften und knüpfen dabei an antideutsche Stimmungen in ihrer Bevölkerung an. Damit lenken sie von sich selbst ab und vertuschen die Rolle, die die nationalen Bourgeoisien selbst über Jahrzehnte auch bei der Ausplünderung ihrer Staatskassen spielten. Tatsächlich sind es die Regeln des kapitalistischen Marktes weltweit, die Investitionsentscheidungen lenken. Und es sind private Interessen der Kapitaleigner, die diese Investitionen steuern. Deshalb werden jetzt auch nicht Staaten oder Nationen »gerettet«, sondern es werden durch die Kredite von IWF und bestimmten EU-Finanzinstitutionen wie ESFS, ESM und EZB Eigentümer bestimmter Banken und große Finanzinvestoren auf Risiko der Steuerzahler vor Verlusten oder gar dem Ruin bewahrt. Die tatsächlichen Einflusspersonen der kapitalistischen Welt, die Eigentümer der maßgeblichen Konzerne, bleiben in aller Regel anonym; es gibt Ausnahmen, wie etwa in Deutschland und Österreich die Familien Piech-Porsche oder die Quandts. Das Ausmaß ihres Einflusses bleibt auch dann im Verborgenen. Öffentlich in Erscheinung treten in der Regel entweder deren höhere Angestellten, etwa die Vorstandsmitglieder der Unternehmen oder aber bestimmte Politiker, die ihre jeweiligen Spezialinteressen zu Angelegenheiten der nationalen Wohlfahrt aufbrezeln.

Für den Zustand einer Gesellschaft sind grundsätzlich die herrschenden Klassen verantwortlich. Die beherrschten Klassen verfügen weder über das Geld noch über die Organisation oder die Machtmittel, wesentliche gesellschaftliche Entscheidungen zu treffen und durchzusetzen. Diese Situation ändert sich nur in Zeiten des akuten revolutionären Klassenkampfes. Deshalb werden die Folgen auch der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrisen im wesentlichen den lohnabhängigen Klassen aufgebürdet. Wir erleben dies in vielen Ländern Westeuropas seit den frühen 90er Jahren in der Weise, dass Arbeitsmärkte dereguliert werden, indem Schutznormen aus dem Arbeitsrecht abgeschafft oder aufgeweicht werden, Ansprüche auf Sozialleistungen verkürzt oder gestrichen werden, immer mehr prekäre Stellen entstehen. Gleichzeitig setzt sich der Konkurrenzkampf zwischen den Konzernen ungebremst fort. Der Krieg wird mit und um Patente geführt, die für eine gewisse Zeit Monopolprofite zulassen. Neue Technologien kündigen sich an; so würde allein schon der technologische Durchbruch bei den Stromspeichermedien weltweit eine Schneise der Verwüstung in den klassischen Kfz-Motorenbau und damit auch in die Fahrzeug-Industrie schlagen, weil die bereits heute ausgereiften Elektromotoren bei gleicher Leistung wesentlich billiger und weniger aufwändig produziert werden können als Verbrennungsmotoren.

Der anhaltende und in Krisenzeiten wachsende Druck auf die Lebensbedingungen der lohnabhängigen Klassen führt unter den gegebenen Bedingungen nicht zu Klassenkampf »von unten«. Die Menschen suchen erst einmal Lösungen innerhalb der gegebenen Rahmenbedingungen und das heißt, in der kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft. Die Gewerkschaften in den Industriestaaten spiegeln ganz überwiegend diese Einstellung, indem sie den Kompromiss um jeden Preis suchen und die Ideologie des Co-Management verbreiten. Die Verlierer in diesem Wirtschaftssystem, und ihre Zahl steigt in fast allen Ländern, resignieren entweder – das zeigt sich in sinkenden Mitgliederbeständen der meisten Gewerkschaften und Abstinenz bei Parlamenswahlen – oder sie suchen Lösungen für sich innerhalb der Hackordnung und orientieren sich an nationalistischen bzw. rassistischen Ideologien.

Die Schwäche der marxistischen Methode des historischen Materialismus besteht für manche darin, dass sie ganz ungeeignet ist, »bessere Lösungen« innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft zu finden. Dies ist eine Erfahrung, die viele, auch prominente, vormalige Marxisten machen mussten, die in sozialdemokratischen Parteien und Regierungen Karrieren machten. Die Kommunisten haben nach den Worten von Marx und Engels im Kommunistischen Manifest *»...theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus«*, aber dies **nur im Kampf gegen** die Bourgeois-Herrschaft, nicht im Bestreben um deren Erhalt. Damit ist das praktische Wirken der Kommunisten an die Existenz einer gesellschaftlichen Bewegung der Lohnabhängigen gebunden, einer »*proletarischen Bewegung*«, wie es im Kommunistischen Manifest heißt.

Es macht den besonderen Charakter der größeren sozialen Bewegungen der letzten Jahre aus, sei es diejenigen in der Arabellion, seien es die Protestbewegungen der »Empörten« in Spanien, die Occupy-Aktionen in verschiedenen Ländern Westeuropas, die Demonstrationen und Straßenschlachten in Griechenland und Portugal, die Besetzung öffentlicher Plätze in Tel Aviv, dass sie bewusst nicht den Klassenkampf thematisierten. Die Protestierenden verstanden sich als Bürger im Sinne des Staatsbürgers, die ihre Ansprüche gegen ihren Staat geltend machten, nicht als Proletarier, die gegen die Eigentümer der Produktionsmittel oder die Bankiers um ihre Forderungen kämpfen. Proletarische Kämpfe, die durchaus in allen Ländern stattfinden, blieben und bleiben in aller Regel betriebsbezogen, voneinander isoliert.

Wir müssen diesen Stand der Dinge zur Kenntnis nehmen in dem Wissen, dass die gesellschaftlichen Widersprüche, die ihre Wurzeln in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen haben, letztlich doch wieder einen dementsprechenden Ausdruck finden müssen. Das ist unsere Perspektive. *März. 2013* ■

Faschismus in Deutschland I
Analysen und Berichte der KPD-O
von 1928 – 1933,
Vorwort Gruppe Arbeiterpolitik 1973
296 Seiten A5 | Broschur | 8,00 EUR

Westblock – Ostblock
Internationale monatliche Übersichten
von August Thalheimer 1945 – 1948,
Vorwort Gruppe Arbeiterpolitik 1992
460 Seiten A5 | Broschur | 7,50 EUR

■ Zur Lage der lohnabhängig Beschäftigten

Globale Wettbewerbsfähigkeit auf dem Rücken der Lohnabhängigen

Anders als z. B. in Frankreich reichte es bei den deutschen Lohnabhängigen am europäischen Solidaritätstag am 14.11.12 nur an wenigen Orten zu erwähnenswerten Solidaritätsaktionen gegenüber der arbeitenden Bevölkerung der Euro-Länder am Mittelmeer. Einerseits wirken die gegenwärtig vollen Auftragsbücher und die Produktions- und Exportzahlen des Jahres 2012 auf die Lohnabhängigen in Deutschland: In der Konkurrenzfähigkeit des Produktionsstandortes, an dem sie arbeiten, sehen sie für sich eine Perspektive und sind bereit, zur Kostensenkung beizutragen. Betriebsräte – oft selber im Besitz von Aktien – propagieren in den Belegschaften möglichst hohe Profite. Andererseits ist die Angst vor einem sozialen Abstieg besonders groß, wenn es einem im Vergleich zu anderen noch relativ gut geht: Die vor fast zehn Jahren geschaffene Drohung eines Abstiegs nach Hartz IV, der Blick nach Südeuropa und die anhaltende Zuwanderung von Menschen aus den Entwicklungsländern und der Peripherie der EU, die hier eine Arbeitsperspektive suchen, sind dafür Anzeiger.

Bei den Abstiegsängsten deutscher Lohnabhängiger setzt die Bundesregierung auf Zeitgewinn mit der Alternativlosigkeit ihrer Politik: Sonst würde es noch schlimmer kommen. In ihrer Neujahrsansprache wandte sich Kanzlerin Merkel mit den Worten »*Wenn wir etwas können, was andere nicht können, dann bedeutet das Arbeitsplätze*« an die deutschen Lohnabhängigen und predigte ihnen damit Wettbewerbsfähigkeit im unerbittlichen globalen Konkurrenzkampf. Auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Davos sprach sie dann im Interesse der deutschen Unternehmer: Die Mobilität der Arbeitskräfte müsse in Richtung eines gemeinsamen Arbeitsmarktes erhöht werden. Merkel weiter: Wenn man bei den Lohnstückkosten den Durchschnitt der europäischen Länder anstrebe, verlören die EU und Deutschland ihre Wettbewerbsfähigkeit.

Mehr als hundert Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Gewerkschaften, Politik und Kirche blieb es vorbehalten, vom Interesse der Gesamtheit der Lohnabhängigern aus gegen diese Regierungspolitik öffentlich Stellung zu beziehen. In einem offenen Brief an die Vorstände von Gewerkschaften, Parteien, Sozial- und Umweltverbänden sowie den Kirchen forderten sie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Als Anhängsel von Kapitalinteressen sind Belegschaften hilflos und Gewerkschaften keine Hilfe

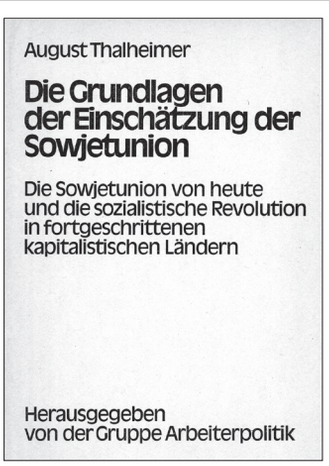
Zwar fühlen sich besonders Stammbelegschaften im Maschinen- und Automobilbau sicher, haben sie doch in der Krise durch Kurzarbeit ihren Arbeitsplatz nicht verloren. Doch die Arbeitsplätze sind allgemein unsicherer geworden, für jeden fünften Lohnabhängigen, der ein Niedriglöhner ist, besonders. Um ihren Arbeitsplatz zu erhalten, sind sie deshalb zu weiteren Zugeständnissen beim Lohn, bei der Arbeitszeit, bei der Arbeitsintensität bereit – eine allgemeine, aber individuelle Haltung. Sie gestattete es z. B. dem BMW-Gesamtbetriebsrat im Februar weitreichende Flexibilisierung der Arbeits- und Betriebsnutzungszeiten zu akzeptieren, um Wettbewerbsvorteile zu erreichen. Nur für einen gewissen Zeitraum sind nun diese Beschäftigten vor Entlassungen und vor dem sozialen Abstieg gesichert. Sie haben ihr Schicksal jedoch an das Unternehmen gebunden – wie andere Belegschaften in der exportorientierten Metallindustrie auch – und verzichten bei ihrer zu kurzfristigen Perspektive darauf, eigene Kraft zu entwickeln.

Die Masse der Lohnabhängigen spürt Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft, wie die zunehmende Verschlechterung von Arbeits- und Lebensbedingungen – besonders im Niedriglohnsektor und bei der Leih- und Zeitarbeit, wie das Beispiel »amazon.de« zeigt. Vor diesem gleichen Hintergrund hat die SPD diese Thematik in ihr Wahlprogramm aufgenommen. In Ungerechtigkeiten spiegelt sich bei den Lohnabhängigen der Klassengegensatz wider – wird aber als solcher nicht erkannt. Jeder sieht sich noch auf sich selbst gestellt. Die Individualisierung am Arbeitsplatz trägt ihren Teil dazu bei.

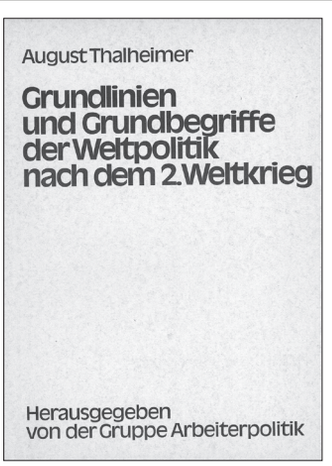
Auch in Deutschland ist die Arbeitskraft nicht überall gleich profitabel: Der Energieriese Vattenfall streicht in Deutschland 1500 Stellen; die Commerzbank und Thyssen-Krupp bauen Arbeitsplätze ab; die Belegschaft der Meyer-Werft in Papenburg stimmt unbezahlter Arbeitszeitverlängerung zu.

Europaweite Überkapazitäten führen 2014 zur Schließung der Tiefdruckerei Prinovis in Itzehoe: 1000 Beschäftigte werden arbeitslos. Auch größte Zugeständnisse der Belegschaft können das nicht verhindern: Die Beschäftigten verlieren Illusionen. Gleiche Betroffenheit lässt bisherige Konkurrenz unter den Kollegen verschwinden und nivelliert die bisherige Hierarchie im Betrieb. Ersatzarbeitsplätze gibt es in der Region nicht. An den 1000 Arbeitsplätzen hängen die Angehörigen, die Geschäftsleute, usw. Entsprechend sind die Auswirkungen auf die Stadt. 2000 Menschen nahmen an einer Solidaritätskundgebung teil.

Krasse Gegensätze zeigen sich im Automobilbau. Während die expandierenden Automobilkonzerne die Ruhe für die Produktion mit einer hohen Prämie für die Beschäftigten erkaufen (wie z.B. VW mit 7500 Euro), wird 2014 in Bochum die Opel-Produktion, die für den europäischen Markt bestimmt ist, stillgelegt. Die Bochumer Belegschaft



August Thalheimer
Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion
1946, Gruppe Arbeiterpolitik
43 Seiten A5 | 1,50 EUR



August Thalheimer
Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg
32 Seiten A5 | 1,50 EUR

hat – im Gegensatz zu den anderen Produktionsstandorten – die Annahme des von IGM und Opel auf oberster Ebene ausgehandelten Mastervertrages verweigert. Sie behielt den aufrechten Gang bei. Der Bochumer BR-Vorsitzende Einenkel kritisierte, außer Überschriften und einigen schwammigen Vorschlägen seien keine konkreten Zusagen für Bochum gemacht worden. Mit erneutem Lohnverzicht aller Opel-Belegschaften sollen die anderen Produktionsstandorte gesichert werden. Am Beispiel Opel zeigt sich im Kleinen, wie die Entwicklung des Kapitalismus der Gewerkschaft den Boden entzieht, alle Beschäftigten gleichermaßen zu vertreten, wenn ein Teil von ihnen für die Profitproduktion nicht mehr gebraucht wird. Die Solidaritätsbekundungen der Menschen in der Region haben der Bochumer Opelbelegschaft gut getan, reichen aber nicht zur Rettung der Arbeitsplätze aus.

Auch diesen Arbeitslosen werden soziale Zusammenhänge zerstört, auch sie werden vom kulturellen Leben ausgeschlossen. Vielen Jugendlichen wird die Möglichkeit genommen, ihren Lebensweg zu gestalten. Die Belastung der Lohnabhängigen wächst. Besonders seit der Prekarisierung der Arbeit durch die Hartz-Gesetze erfährt eine wachsende Zahl von lohnabhängig Beschäftigten gestiegene Arbeitshetze und Leistungsdruck. Durch den globalen Konkurrenzkampf ständigem Bewährungsdruck ausgesetzt, arbeiten Kollegen in Pausen weiter. Zur Flexibilisierung wird die Verfügbarkeit von Beschäftigten für den Unternehmer ausgeweitet; krankmachende Nachtarbeit nimmt zu. Inzwischen sieht sich jeder Zweite durch die Arbeit gestresst.

Gehen wir auf eine Erfahrung etwas genauer ein: Nicht wenige Lohnabhängige identifizieren sich mit ihrer Arbeit. Die ganze Person wird inzwischen dabei vereinnahmt. Die belastende Sorge um den Arbeitsplatz nehmen sie mit nach Hause. So finden sie keine Erholung von der Arbeit. Fehlende Anerkennung, oder bei einfachen Tätigkeiten die Monotonie, nagen an der Gesundheit. Eine wachsende Zahl von Kollegen – besonders in sozialen und Dienstleistungsberufen, sowie Schichtarbeiter – wird psychisch krank, muss mit finanziellen Einbußen vorzeitig aus dem Arbeitsleben ausscheiden. Diese Erfahrung trifft sich mit den Einsparungen, die im Gesundheitswesen gemacht werden – auch hier wird Rentabilität durchgesetzt. Doch die Erfahrungen bleiben individuell. Unternehmer verweisen stets auf individuelle Ursachen. Die Gemeinden und Länder stellen den Abbau von Verschuldung in den Vordergrund ihrer Politik.

Die Regierungspolitik, die die deutsche Industrie beim weltweiten Auskonkurrieren anderer Unternehmen fördert, führt dazu, dass Infrastruktur, Bildungs-, Gesundheits- und Kultureinrichtungen dem obersten Ziel der Profitproduktion untergeordnet werden. Schon seit längerer Zeit wird deutlich, dass hier immer größere Teile des gesamten Sozialproduktes den Lohnabhängigen entzogen werden. (In Bremen demonstrierten am 17.1.13 die Beschäftigten der kommunalen Gesundheit Nord für den Erhalt aller vier kommunalen Kliniken und für ihre bessere finanzielle Ausstattung. Schüler und Lehrer waren schon für die bessere Ausstattung der Schulen auf die Straße gegangen.)

Bei – europaweit gesehen – geringer Arbeitslosigkeit sind in Deutschland 6,5 Millionen Menschen Leistungsempfänger der Arbeitsagenturen, »Aufstocker«, da sie von ihrem Lohn nicht leben können. Niedriglöhner sind überwiegend im Dienstleistungssektor tätig. Sie sind besonders von der Perspektive der Altersarmut betroffen, die durch die Privatisierung der Vorsorge, die rasant ansteigenden Lebenshaltungskosten wie Miete und Energiekosten usw., verschärft wird. Die soziale Polarisierung nimmt auch in Deutschland zu.

Sozialpartnerschaft – Stütze der Kapitalsherrschaft

Die Gewerkschaftsapparate handeln im Kapitalismus den Preis der Ware Arbeitskraft aus und die Lohnabhängigen lassen sie als Stellvertreter für sich wirken. Ermöglichte das Verschwinden der Arbeitslosen-Reservearmee nach 1955 die sozialpartnerschaftliche Politik der Gewerkschaften, so haben diese sich heute auch bei Arbeitslosigkeit und Niedriglohnsektor an der Seite der Unternehmer eingeordnet – befangen im Glauben an den ewigen Bestand des Kapitalismus und an die Fähigkeit dessen Krisen zu meistern. Über die Mitbestimmungsorgane in den Betrieben unterstützen die Industriegewerkschaften die Erhöhung der Produktivität der Unternehmen und tragen zur verstärkten Konkurrenz der deutschen Lohnabhängigen gegenüber ihren Klassengenossen in den anderen Ländern bei.

Als der IGM-Vorsitzende Huber den spanischen Lohnabhängigen empfahl, gemeinsam mit ihren Kapitalisten eine konkurrenzfähige Wirtschaft zu schaffen, also Verzicht auf Lohn und soziale Standards zugunsten steigender Unternehmerprofite, gab es keinen Protest von Mitgliedern – haben sie sich doch inzwischen selber so eingeordnet. Den spanischen Klassengenossen diesen Prozess als den Weg in die Konkurrenzfähigkeit zu preisen, grenzt an Verhöhnung, denn der durch Maschinenbau, Elektrotechnik und Chemieindustrie starken Wirtschaftsstruktur Deutschlands können die Ökonomien am Rande der EU auch durch Sozialabbau nicht einmal nahekommen.

Mit dem Zurückbleiben der Niedriglöhne wird die Spaltung innerhalb der Klasse der Lohnabhängigen vertieft – von Hartz IV bis zu den Prämienempfängern unter den Automobilarbeitern. Der Sparkurs der Regierungen lässt die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di deshalb etwas anders auftreten als die Industriegewerkschaften. Beim Staat und bei privaten Dienstleistungsunternehmen ist ver.di gezwungen, einem weiteren Absinken der Reallöhne und weiteren Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen durch Streiks entgegenzuwirken: Das Personal des privaten Sicherheitsgewerbes an den Flughäfen dehnt den Streik weiter aus, die Landesbeschäftigten traten zumindest in Warnstreiks. Das Wahljahr begünstigte ver.di. – auch bei diesem nicht überragenden Abschluss bei den Landesbediensteten. Die in der GEW organisierten angestellten LehrerInnen hatten mit ihrem Ziel »gleicher Lohn für gleiche Arbeit« dabei das Nachsehen. Massenhaft betroffen sind Pädagogen in Sachsen und Sachsen-Anhalt. Da ver.di-Verhandlungsführer Bsirske zur Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft steht, ist für ihn die Hinnahme von Belastungen für Lohnabhängige nur folgerichtig.

Gesellschaftliche Zusammenhänge erkennen

In verschiedensten Bereichen treten inzwischen immer häufiger fatale Folgen verstärkter Gewinnorientierung auf, die in den Medien thematisiert werden. Der konservative Mitherausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Frank Schirrmacher z.B. sieht, dass ein Kalter Krieg im Sozialen installiert, dass alles, in dem ein Funke menschlichen Lebens stecke, auf Marktförmigkeit umgestellt werde, dass Kanzlerin Merkel selbst die Demokratie marktkonform sehen möchte.

Zu Protesten kommt es nur punktuell und noch nicht in den Kernbereichen der kapitalistischen Produktion, sondern bei der Versorgung der Menschen. Ein Beispiel ist die BUND-Kundgebung anlässlich der Grünen Woche im Januar in Berlin. »*Wir müssen uns entwickeln, wachsen können, weil wir sonst nicht wettbewerbsfähig bleiben*«, heißt es von Seiten der Agrarindustrie. Da es Wachstum z.Zt. nur au-

ßerhalb der EU gibt, wird Tierfutter eingeführt und Fleisch mit EU-Förderung exportiert. Doch Emissionen führen zu Umweltschäden, die Gülle der Massentierhaltung belastet mit Stickstoff das Grundwasser, und Antibiotika im billigen Fleisch – vom ärmeren Bevölkerungsteil bevorzugt – gefährden durch das Entstehen widerstandsfähiger Keime die Gesundheit der Menschen. Die Gewerkschaft NGG, die in diesem Bereich schon aktiv war, sieht, dass die Schlachtindustrie nur noch mit Billigarbeitern aus Billiglohnländern Osteuropas funktioniert, z.B. mit Stundenlöhnen unter fünf Euro und unerträglichen Unterkünften. Während in den Abnehmerländern die Fleischwarenproduktion und damit die Lebensgrundlage vieler Menschen zerstört wird, argumentiert die Seite der Landwirtschaft in Deutschland: *»Wir würden völlig verarmen, wenn wir nur geschlossene Kreisläufe haben«*.

In der Nahrungsmittelindustrie wird das Gewinnstreben auf Kosten der Verbraucher für besonders viele Menschen sichtbar. Gleichzeitig verspüren sie als Individuen bei diesen Erfahrungen Ohnmacht. Alle Widersprüche, alle Missstände, die im Kapitalismus auftreten, werden in den Medien isoliert behandelt, als Auswüchse angeprangert und die Ursachen in den jeweiligen Personen gesucht. Den Klassencharakter der Gesellschaft können sie nicht ohne weiteres erkennen.

Das hat viele Ursachen: Die Reihe von Niederlagen der deutschen Arbeiterklasse ist lang und ihre Ursachen sind nicht verarbeitet. Vollbeschäftigung und Lohnerhöhungen ab Mitte der fünfziger Jahre des letzten Jahrhunderts haben zur Erhöhung des Lebensstandards der arbeitenden Bevölkerung und damit zur Tolerierung des Kapitalismus geführt. Die Entwicklung vom Wegfall ganzer Bereiche der Handarbeit bis hin zum Einsatz der Informationstechnologien hat die Klasse der Lohnabhängigen umstrukturiert, was u. a die Kontakte der KollegInnen untereinander verringerte. Das Scheitern des ersten Versuchs, den Sozialismus als Gesellschaft der Zukunft aufzubauen, trug seinen Teil zur Akzeptanz des Kapitalismus bei.

So werden nicht nur alles menschliche Wissen, die Arbeit, Energiereserven und Bodenschätze, sondern auch soziale, kulturelle und Bildungseinrichtungen ohne großen Widerstand der Profitproduktion unterworfen. Was sich privatisieren lässt, wird zugunsten von Profitwirtschaft privatisiert, auch wenn damit immer mehr Menschen von den elementaren Versorgungsleistungen ausgeschlossen werden. Engagieren sich Lohnabhängige im Glauben ihren Arbeitsplatz zu sichern für die Wettbewerbsfähigkeit des Produktionsstandortes, an dem sie arbeiten, so können sie durchaus die große Enttäuschung erleben, dass sie bei der ständigen Steigerung der Produktivität für die Profitproduktion überflüssig werden.

Im globalen Konkurrenzkampf stoßen rein gewerkschaftliche Kämpfe schnell an ihre Grenzen: Schließen die Eigentümer den Betrieb, weil er ihnen nicht mehr genügend Profit abwirft, bleibt den Beschäftigten z.Zt. nur noch das Ringen um Abfindungen. Ihre weitere Existenz, die oft auf Krediten aufgebaut ist, wird aufs höchste gefährdet. Doch noch überdecken die angenehmen Seiten des Kapitalismus die unangenehmen. Bereiten auch ökonomische Krisen und politische Missstände den Boden für die Aufnahmebereitschaft einer gesellschaftskritischen Sichtweise – die Überwindung der anarchischen Produktion im Kapitalismus setzt sich nicht automatisch durch. Dazu bedarf es den Einsatz klassenbewusster Menschen.

Europaweiter Blick

Europaweit sehen wir: Während in den industriellen Zentren die Beschäftigten durch den Kampf um Wettbewerbsfähigkeit einer wachsenden Lohnarbeits- und Leistungshetze ausgesetzt sind, werden in den EU-Randgebieten immer größere Massen von Lohnabhängigen dauerhaft arbeitslos. Es ist ein kapitalistisches Gesetz: Wenn der Kapitalist keine profitable Verwendung für Arbeitskräfte hat, kann er sie zu keinem Preis kaufen, weil er sonst bankrott macht. Selbst die elementaren Bedürfnisse der Arbeitslosen werden dann als unverschämte Ansprüche angesehen, die auf ein Mindestmaß herabgedrückt werden. Dabei werden ganze Bevölkerungsschichten an den Rand der Verelendung gedrängt. In den südlichen Euroländern flammt ihr Protest dagegen immer wieder in mächtigen Kundgebungen auf und wird auch in den Parlamentswahlen, wie im Februar in Italien, sichtbar. Auch in anderen europäischen Staaten,

Frankreichs Bourgeosie zieht nach im Sozialabbau:

In Frankreich, das durchgesetzt hatte, die Währungsunion vor einer politischen Integration zu beschließen um ein durch die Vereinigung politisch gestärktes Deutschland einbinden zu können, wird nun die Regierung der Sozialistischen Partei durch das Außenhandelsdefizit, das besonders gegenüber Deutschland besteht, gezwungen nach deutschem Vorbild die Gewerkschaften in einen Prozess zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit einzubinden. Drei der fünf großen Gewerkschaften gaben schon dem Druck nach, einer Flexibilisierung der Arbeitszeit und der Lockerung des Kündigungsschutzes zuzustimmen.

Die Regierung der Sozialistischen Partei will diesen Prozess wirksamer gestalten, als es Sarkozy getan hat. Hatte Sarkozy die kleine Oberschicht gegenüber der Masse der Bevölkerung begünstigt, so sieht jetzt die Masse der Lohnabhängigen – auch die Besserverdienenden – ihren Arbeitsplatz nicht mehr sicher und angesichts steigender Preise ihren Lebensstandard in Gefahr. Auch in Frankreich gilt nicht mehr: Wenn ich mehr leiste, bin ich erfolgreich.

Wirtschaftswachstum bleibt aus. Die Automobilindustrie, die jeden zehnten Arbeitsplatz stellt, hat angekündigt, einige tausend Arbeitsplätze zu streichen. Unter Zustimmung der Belegschaft und der Gewerkschaften werden bei Renault für dieses Jahr die Löhne eingefroren. Bis 2016 werden rund 7500 freiwerdende Stellen nicht wieder besetzt. Zwar soll wie bei Peugeot Citroen vorerst kein Werk geschlossen werden – die junge Generation bleibt jedoch außen vor. Konnten in der Vergangenheit linke Gewerkschafter den deutschen Lohnabhängigen empfehlen, von ihren französischen Klassengenossen eine radikalere Verteidigung ihrer Interessen zu übernehmen, »französische Verhältnisse schaffen«, so sind die französischen Lohnabhängigen jetzt selber stark in die Defensive gedrängt.

Seit der Krise 2009 haben schon mehr als 1000 kleinere Unternehmen ihre Produktion eingestellt, 120.000 Beschäftigte verloren ihren Arbeitsplatz. Für jeden zehnten französischen Lohnabhängigen führt also das Ringen um Wettbewerbsfähigkeit zu Arbeitslosigkeit, zu sozialem Abstieg und Ausschluss von bisheriger gesellschaftlicher Teilhabe. Wie bei den Krisenstaaten der EU-Zone sind besonders Jugendliche betroffen, in Frankreich jeder vierte.

Auch in Frankreich, der zweitstärksten Ökonomie in der Eurozone, müssen sich die Lohnabhängigen verstärkt mit den Folgen des kapitalistischen Konkurrenzkampfes auseinandersetzen ■

wie den ehemaligen Comecon-Mitgliedern, zeigt sich Protest der arbeitenden Bevölkerung gegen die Senkung ihres Lebensstandards.

Zwar führt die Differenzierung der Lebensverhältnisse zu differenzierten Interessen der Lohnabhängigen, doch entstehen Gemeinsamkeiten wenn die Verteidigung der Lebensgrundlagen für alle notwendig wird. Der Maschinenbau, die Elektroindustrie und die IT-Branche sind gemeinsam dabei Prototypen von Systemen zu entwickeln, die durch die Vernetzung industrieller Maschinen die Produktion selbständig steuern und damit die Produktivität und Effizienz erhöhen. Für die Lohnabhängigen verstärken sich existenzielle Fragen.

Steht letztlich für die Lohnabhängigen die Frage, wie die Produktion so organisiert werden kann, dass die Bedürfnisse der Menschen insgesamt befriedigt werden können, so gilt auch in Deutschland schon heute: Verzicht hilft nicht, die Lage der lohnabhängigen Klasse zu verbessern; denn es bleiben die Gefahren, den Arbeitsplatz zu verlieren, die Gesundheit durch Intensivierung und Ausweitung der Arbeit zu gefährden und die Zerstörung unserer Umwelt als Lebensraum. ■.

■ **Buchbesprechung zu Lohoff/Trenkle: Die große Entwertung**

Neuer Ansatz, die Krise des Kapitalismus zu erklären

In ihrem Buch versuchen die Autoren zu erklären, *»warum Spekulation und Staatsverschuldung nicht die Ursachen der Krise sind«*, wie der Untertitel ihres Buches lautet. Damit wenden sie sich zunächst einmal gegen bürgerliche und sozialdemokratische Erklärungsmodelle, wie sie sich in Schlagzeilen von *»entfesselten Kapitalmärkten«*, *»verantwortungslosen Bankern und Spekulanten«* ausdrücken oder auch in Sätzen wie etwa, dass die Staatsverschuldung darin liege, dass *»wir«* über unsere Verhältnisse gelebt hätten und *»wir«* uns deshalb aus der Krise heraus sparen müssten.

Marxisten gehen natürlich nicht von diesen Annahmen aus, sondern wissen, dass die Krise aus den Widersprüchen des Kapitalismus selbst resultiert. Aber aus welchen? Und wie genau? Da scheiden sich durchaus die Geister. Lohoff/Trenkle liefern hier einen neuen Denkansatz, der zu teilweise überraschenden und verblüffend überzeugenden Ergebnissen führt, was die Analyse der gegenwärtigen Krise betrifft.

Ende des »Fordismus«

Zunächst analysieren sie die Überwindung der letzten großen Weltwirtschaftskrise ab 1929 durch das, was öfters und etwas ungenau als *»fordistisches Akkumulationsmodell«* bezeichnet wird. Darunter ist ganz allgemein die Ausdehnung der auf Fließbandfertigung beruhenden Fabrikproduktion von Massenkonsumprodukten (vor allem Autos) gemeint. Diese führte nach dem Krieg in den wesentlichen kapitalistischen Kernländern zu dem *»fordistischen Nachkriegsboom«*, der gekennzeichnet war durch niedrige Arbeitslosigkeit einerseits und historisch beispiellosen, wenn auch bescheidenen Massenwohlstand andererseits. Entscheidend dafür, dass dieses *»fordistische Akkumulationsmodell«* die Krise nach 1929 überwinden konnte, war, so Lohoff/Trenkle, nicht etwa der gewaltige Produktivitätssprung in der Industrie durch die Fließbandarbeit, die auf der tayloristischen Zerlegung des Arbeitsprozesses gründete. Denn dieser allein bedeutete ja gewaltige Rationalisierungsschritte und damit zunächst massenhafte Arbeitsplatzvernichtung. Entscheidend war vielmehr, dass die »Wertproduktion« vermittels Einverleibung lebendiger Arbeit gesteigert werden konnte, weil sich die neue Produktionsmethode in den kapitalistischen Ländern durchsetzen konnte und mit der dadurch vergrößerten Arbeiterschaft einen Massenmarkt für die massenhaft hergestellten Konsumgüter schuf.

»Wertproduktion« ist für die Autoren ein zentraler Begriff, der aus dem »Kapital« (Bd.1) entwickelt wurde, wo Marx die Produktion des (absoluten und relativen) Mehrwerts entwickelt als entscheidenden Kern des kapitalistischen Produktionsprozesses. Das Kapital verwertet sich selbst, indem es aus dem Produktionsprozess mit mehr Wert herauskommt, als es in ihn eingegangen ist dank der wertschaffenden Fähigkeit der Ware Arbeitskraft.

Lohoff/Trenkle sagen nichts Neues, wenn sie das Ende des »Fordismus« in den 70er Jahren verorten, das ist durchaus Konsens. Nach ihrer Analyse nun gerät der »Fordismus« an sein Ende, weil er die eben angesprochene »Wertproduktion« nicht mehr ausweiten kann, im Gegenteil, diese vermindert sich. Grund sei die heraufziehende *»3. industrielle Revolution«*, ausgelöst durch die Informationstechnologie, die *»einen radikalen Rationalisierungsschub«* ausgelöst habe, *»der darauf hinauslief den Menschen weitgehend aus dem Produktionsprozess zu verdrängen und durch automatisierte Prozesse zu ersetzen«* Wenn aber der Mensch, d.h. die menschliche Arbeitskraft, aus dem Produktionsprozess verdrängt werde, werde die entscheidende Wert schaffende Kraft aus dem Produktionsprozess verdrängt und die Wertproduktion an sich gerate in die Krise und damit die Grundlage, auf der der Kapitalismus funktioniert.

Lohoff/Trenkle gehen an diesem Punkt soweit, dass sie sagen, die Wertproduktion gehe weltweit zurück, auch die neu entstandenen Produktionsstandorte in China und Indien beispielsweise spielten da keine aufhebende Rolle. An dieser Stelle findet aber keine durch empirisches Material abgestützte Beweisführung statt, die These bleibt mehr oder weniger unbegründet. Insofern halten sie auch nichts von der These, dass sich China und (in geringerem Maße) Indien zu neuen kapitalistischen Zentren entwickeln und die bisherige Vormachtstellung der USA ablösen werden. *»Zum einen relativiert sich der Zuwachs an Massenarbeit insofern,*

1) Lohoff und Trenkle gehören zur Redaktion der Zeitschrift »krisis«, der wir ansonsten in grundsätzlichen Positionen politisch fern stehen.

Beispiele aus der aktuellen Diskussion

»Entfesselte Finanzmärkte müssen reguliert werden«, oder: Die »Entartung« des Kapitalismus bekämpfen, indem man seine »Auswüchse« beschneidet: Die folgenden Zitate zeigen, dass die jeweiligen Autoren das gewaltige Anwachsen der »Finanzindustrie« für eine Übertreibung halten, d.h. dass sie davon ausgehen, dass die sogenannte »Realökonomie« (also der Industriekapitalismus) im Kern intakt ist und von diesen Übertreibungen befreit werden muss, damit er wieder »normal« funktionieren kann.

Lohoff/Trenkles These ist dagegen, dass diese Phase des Kapitalismus, in der er durch Ausdehnung der Mehrwertproduktion einen Akkumulationszyklus einleiten konnte, ein für allemal vorüber ist. Das bedeutet, es handelt sich nicht um eine Übertreibung, wenn die Finanzindustrie dominiert, sondern für ein wesentliches Entwicklungsstadium des Kapitalismus, das nicht wieder »zurückentwickelt« werden kann.

Sahra Wagenknecht (Die Linke):
»Die Politik hat aus der Finanzkrise nichts gelernt. Statt die Banken an die kurze Leine zu nehmen, lässt sich die Politik wieder und wieder von ihnen erpressen: So soll der alte, 480 Milliarden schwere Bankenrettungsfonds einfach neu aufgelegt werden, damit sich die Banken ein zweites Mal auf Kosten der Allgemeinheit sanieren können. Dieser Spuk muss endlich beendet werden, indem sämtliche Finanzkonzerne in öffentliche Hand überführt und strikt reguliert werden. Die Politik muss dafür sorgen, dass die Geschäfte auf den Finanzmärkten einfacher und durchsichtiger werden. Riskante Finanzprodukte und -geschäfte sowie die Spekulation mit Agrarrohstoffen gehören verboten. Große Finanzkonzerne müssen zu überschaubaren Einheiten schrumpfen, Schattenbanken und intransparente Unternehmensstrukturen dürfen nicht länger geduldet werden. Die Demokratie muss aus dem Würgegriff der Finanzkonzerne und Ratingagenturen befreit werden.«
http://www.sahra-wagenknecht.de/de/article/1194.drei-jahre-danach-zum-stand-der-finanzmarktregulierung.html

SPD-Wahlprogramm 2013:
Die SPD will ihrem Entwurf zufolge die Finanzmärkte umfassend regulieren. Die Folgen unverantwortlicher Spekulationen auf den Finanzmärkten hätten »*zu einer dramatisch gestiegenen Staatsverschuldung in Europa geführt*«. Die SPD setzt deshalb auf die Finanztransaktionssteuer, strengere Eigenkapitalvorschriften für Banken sowie eine klare Trennung von Investment- und Geschäftsbanken.
http://www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramm_spd.pdf

DGB-Bundesvorstand 2011:
»***Finanzmärkte regulieren und drohende Bankenkrise abwenden.*** *Die Eurokrise ist dabei, eine erneute Bankenkrise auszulösen. Dabei spielt die fehlende Regulierung der Finanzmärkte eine zentrale Rolle. Am Finanzmarkt fehlt ein Stabilitätsanker.«*
https://www.dgb-bestellservice.de/besys_dgb/pdf/DGB10014.pdf

Lucas Zeise (DKP):
»(…) *muss der Finanzsektor massiv geschrumpft und damit die Macht des Finanzkapitals beschnitten werden.*(…) *Ein streng regulierter, kleinteiliger Finanzsektor mit festgelegten Zinssätzen könnte das jetzige System ersetzen und an Westdeutschland in den 60er Jahren erinnern, wo es noch den Spareckzins gab* (…)«.
Lucas Zeise, Euroland wird abgebrannt. Köln 2012 S. 132ff

als ihm nicht nur hohe Arbeitsplatzeinbußen in den Industriesektoren der kapitalistischen Kernländer, sondern vor allem auch in den Ländern des zusammengebrochenen ‚Realsozialismus', gegenüberstehen. Selbst im Boomland China kam es seit den 1990er Jahren per Saldo zu einer Abnahme der Industriebeschäftigung, nicht zuletzt deshalb, weil im unterproduktiven Staatssektor mehr Arbeitskräfte entlassen als im privatwirtschaftlichen Sektor neu eingestellt wurden. (...) *Was hier also stattfindet, ist zunächst einfach nur eine Verdrängung [der staatskapitalistischen Industriebetriebe] durch produktivere Kapitalien.«*

Nach Lohoff/Trenkle ist mit dem Ende des »Fordismus« im Grunde auch der Kapitalismus am Ende, da er seine eigene Grundlage zunehmend untergrabe und reduziere. Wie wir aber alle sehen, ist er im Jahre 2012 immer noch dominant, weltumfassend, hat die ehemals sozialistischen Länder einverleibt und macht vorerst keine Anzeichen, sich zu verabschieden.

Hier kommen nun die Autoren darauf zu sprechen, was in der marxistischen und nichtmarxistischen Diskussion häufig als die »*Dominanz der Finanzmärkte*«, gelegentlich auch als »*Kasinokapitalismus*«, von Arrighi als »*Finanzialisierung des Kapitals*« bezeichnet wird. Damit wird ein Phänomen beschrieben, was in der Geschichte in dieser Form neu ist, nämlich das sprungweise Anwachsen von Finanztiteln aller Art, die mittlerweile das sogenannte Realvermögen in einem historisch beispiellosen Maß übersteigen. Dieses Phänomen hat Jörg Huffschmid bereits 1999 (»*Politische Ökonomie der Finanzmärkte*«) beschrieben.

Für Lohoff/Trenkle ist nun das Verständnis dieses beispiellosen Booms der Finanztitel der entscheidende Schlüssel zum Verständnis, warum das Ende des »Fordismus« noch nicht die finale Krise des Kapitalismus eingeleitet hat.

»Die Logik des fiktiven Kapitals«

In ihrer Analyse greifen sie einen Aspekt auf, den Marx im zweiten und dritten Band des Kapitals kurz entwickelt hat, dem er aber nicht so große Bedeutung beimaß, weil er zu seiner Zeit noch keine entscheidende Rolle spielte. Es ist dies das sogenannte »*fiktive Kapital*«. Damit sind bei Marx solche Finanztitel gemeint, die zwar wie Kapital angesehen werden, als solche aber keines sind. Ein typisches Beispiel ist eine Aktie. Ein Geldbesitzer gibt einem Fabrikanten Geld und bekommt dafür von ihm eine Aktie (oder mehrere), die auf den gleichen Betrag lautet. Der Fabrikant nimmt das Geld und macht es durch den Kauf von Maschinen und Arbeitskraft zum Kapital. Der ehemalige Geldbesitzer hat dafür eine Aktie bekommen und betrachtet diese auch als Kapital. Es sieht also so aus, als ob das Kapital doppelt existiere, einmal beim Fabrikanten und einmal beim Aktienbesitzer. Tatsächlich hat der Aktienbesitzer aber kein Kapital in den Händen, sondern lediglich ein Papier, das ihm einen Anspruch auf zukünftigen Gewinn des Fabrikanten einräumt. Dieser Anspruch auf zukünftigen Gewinn verhält sich aber im Kopf des Aktienbesitzers so, als ob er sein Geld gegen Zinsen verliehen hätte, er hat es also »kapitalisiert«, wie es im bürgerlichen Sprachgebrauch heißt. Tatsächlich hat lediglich der Fabrikant Verfügungsgewalt über

das Kapital, er setzt es ein und wenn er keinen oder wenig Gewinn macht oder ihn anderweitig verwenden will, kann der Aktienbesitzer nichts machen. Ähnlich verhält es sich bei einer Anleihe, nur dass hier Zins und Laufzeit fest vereinbart und nicht abhängig vom Geschäftsverlauf sind.

Aus diesem Grund nennt Marx dieses sogenannte Kapital *»fiktives Kapital«*, also nur in der Vorstellung existierendes Kapital.

»Fiktives Kapital«, zusammengesetzt aus Eigentumstiteln der unterschiedlichsten Art besteht also aus kapitalisierten Gewinnerwartungen und bezieht sich damit also letztlich immer auf die tatsächliche Wertproduktion im kapitalistischen Produktionsprozess und die Verausgabung menschlicher Arbeit. Nichtsdestotrotz, und das ist gewissermaßen das Neue bei Lohoff/Trenkle, gehören diese Eigentumstitel zum allgemeinen Kosmos des kapitalistischen Reichtums.

Das hat etwas Verrücktes an sich. Der Kapitalist, der eine Fabrik betreibt, ist reich und ebenso der Aktienbesitzer, der diesem Kapitalisten Geld gegeben und dafür Aktien bekommen hat. Natürlich ist dieser zweite Reichtum »fiktiv« in dem Sinne, dass die Kurse der Aktien über Nacht nur noch ein Bruchteil ihres vorherigen Kurses betragen können und der »Reichtum« sich ins Nichts aufgelöst hat, im Unterschied zu der Fabrik, die immer noch steht. Aber trotzdem repräsentieren diese Aktien erst mal Reichtum, man kann sie zum Beispiel verkaufen und sich dafür etwas anderes kaufen, z.B. ein Auto.

Die letzte Aussage weist zugleich darauf hin, dass dieses »*fiktive Kapital*« handelbar ist, also Ware ist, da es gekauft und verkauft werden kann. Trenkle/Lohoff führen hierfür die Kategorie der Waren *»zweiter Ordnung«* ein, um sie damit vom Warenkosmos »*erster Ordnung*« abzugrenzen. Diese Waren haben alle einen konkreten Gebrauchswert, sind sinnliche Gegenstände. Im Unterschied dazu haben die Waren *»zweiter Ordnung«* einen abstrakten Gebrauchswert, nämlich den, an der Verwertungsfähigkeit des zu Kapital gewordenen veräußerten Geldes teilzuhaben. Gleichzeitig zeichnet sie noch aus, dass diese Waren *»zweiter Ordnung«* nicht Ergebnis eines Produktionsprozesses sind, sondern erst im Akt des Tausches zwischen Käufer und Verkäufer entstehen.

Diese verrückte Form des fiktiven Kapitals wird nun für die von den Autoren vorgelegte Analyse der Entwicklung seit den 70er Jahren, dem Ende des »Fordismus«, entscheidend. Für sie hat sich die kapitalistische Produktion, die in die Sackgasse der Krise der Wertproduktion bei der Herstellung von Waren *»erster Ordnung«* geraten war, einen Ausweg dadurch geschaffen, dass sie zur Produktion von Waren *»zweiter Ordnung«* überging, sprich der Produktion von Eigentumstiteln. Der Kapitalismus lebe also seit geraumer Zeit verstärkt von fiktiver Wertproduktion, die sich in der Bildung immer neuer Blasen ausdrücke und zu einer gewaltigen Entwertungskrise führen müsse.

Ermöglicht wurde diese Eigentumstitelproduktion einmal durch die Lockerung der Kapitalmarktvorschriften, die es ermöglichte, immer mehr neue Finanz»produkte« zu »produzieren« (daher der manchmal verwendete Begriff »Finanzindustrie«), zum anderen durch die Aufgabe des Bretton-Woods-Systems und die damit verbundene Golddeckung des Weltgeldes Dollar. Dadurch dass der Bezug zum Gold (als allgemeine Ware *»erster Ordnung«*) aufgegeben wurde, waren die Zentralbanken als entscheidende Akteure nun in der *»Lage, den Gesamtumfang der Produktion von Eigentumstiteln zu steuern«*.

Ende der 1970er Jahre zeigten sich die Instrumente der keynesianistischen Krisenbekämpfung als wirkungslos. Der Staat verschuldete sich, um den Konsum von Waren »erster Ordnung« anzukurbeln und damit einen selbsttragenden Aufschwung in Gang zu setzen. Dies gelang nicht, sondern erstmalig in der Geschichte der kapitalistischen Warenproduktion kam es zum Zusammentreffen von Stagnation und Inflation, die als »Stagflation« in die Wirtschaftgeschichte einging. Unter der Reagan-Regierung in den USA und unter Thatcher in Großbritannien wurde im Zeichen des »Neoliberalismus« ganz allgemein dem (Geld)Kapital durch Deregulierung, Privatisierung öffentlicher Betriebe und Steuersenkungen ungeahnte Entfaltungsmöglichkeiten geschaffen. Nicht mehr die materielle Produktion stand im Zentrum, die wurde im Gegenteil durch die Hochzinspolitik geschleift (z.B. die Kohle- und Stahl-industrie in Großbritannien), stattdessen wurde die »Finanzindustrie« zum Wachstumsmotor. Tatsächlich war zu beobachten, dass durch die Kursexplosion an den Aktienmärkten z.B. die Konsumnachfrage sich verstärkte und die Konjunktur nach oben zog. Die Privatisierung staatlicher Betriebe schuf die notwendigen realen Bezugspunkte für zukünftige Gewinnerwartungen, so wie später die Telekom-Aktie in Deutschland. Die Hochzinspolitik förderte in den USA und Großbritannien faktisch die Deindustrialisierung, gleichzeitig mit Privatisierung, Deregulierung und Steuersenkungen für die Reichen die »*ursprüngliche Akkumulation des fiktiven Kapitals*«. Diese Entwicklung nennen die Autoren *»inverser Kapitalismus«*, da z.B. nicht mehr steigende Gewinne aus der Produktionssphäre die Aktienkurse beflügeln, sondern die steigenden Aktienkurse die Produktion befeuern.

»Defizitkreisläufe«

Ein wesentlicher Effekt dieses »*inversen Kapitalismus*« ist, so die Autoren, die Wiederherstellung der verlorenen Dominanz der USA als Zentrum der kapitalistischen Ökonomie, diesmal aber nicht als Industriemacht wie nach dem 2. Weltkrieg, sondern als Zentrum der »Finanzindustrie«. Das führte zu folgender wichtiger Entwicklung: Da Geldkapital aller Herren Länder in die USA strömte, waren diese in der Lage ihr gewaltiges Handelsbilanzdefizit zu finanzieren, das entstanden war bzw. besteht, weil die USA einen Großteil ihrer Industrieprodukte nicht mehr selbst herstellen, sondern aus dem Ausland beziehen. Dies führte zu einem, wie die Autoren schreiben, *»pazifischen Defizitkreislauf«*, indem die USA auf Pump vor allem aus Asien Waren beziehen, was in den asiatischen Ländern, vor allem in den asiatischen »Tigerstaaten« und neuerdings China, zu enormen wirtschaftlichen Wachstumsraten führt, insbesondere bei der Industrieproduktion. Die erzielten Geldüberschüsse verwandeln diese Länder dann wieder in fiktives Kapital, indem sie in US-Anleihen investieren.

Einen ähnlichen »Defizitkreislauf« beschreiben sie für Europa nach der Einführung des Euro. Durch die dadurch bedingte Verbilligung der Zinsen für Anleihen und Kredite aller Art war es den im Vergleich zu den wirtschaftlich starken Ländern wie Deutschland, Österreich, Niederlande industriell schwachen südeuropäischen Ländern möglich auf Pump eine Defizitkonjunktur am Laufen zu halten. Dabei wurde das überschüssige Geldkapital vor allem aus den starken Ländern in die schwachen gelenkt, wodurch auch hier von einem Kreislauf gesprochen werden kann.

Trenkle/Lohoff schreiben: *»Der ‚inverse Kapitalismus' stellt ein Pyramidenspiel eigener Art dar. Statt der Umverteilung vorhandenen Reichtums hat er den Vorgriff auf künftige Wertproduktion zum Inhalt. Um das Fehlen selbsttragender Wertproduktion zu ersetzen, muss die Eigentumstitelproduktion, die diesen Vorgriff vermittelt, beständig wachsen.* (…) *Gerät* (…) *die Neuproduktion von Eigentumstiteln ernsthaft ins Stocken und schrumpft die finanzin-*

dustrielle Gesamtproduktion nicht nur kurzfristig, sondern über eine längere Periode, kollabiert das ganze System.«

Anfang des neuen Jahrtausends platzte die New-Economy-Blase. Durch niedrige Zinsen, eine Politik des »billigen Geldes« und Sub-Prime-Kredite an Einkommensschwache wurde daraufhin das Wachstum der Immobilienblase in den USA und einigen europäischen Ländern gefördert. Spätestens die ab 2007 einsetzende »Finanzmarktkrise« zeigt, dass die »Defizitkreisläufe« des »inversen Kapitalismus« nicht endlos fortgesetzt werden können. Zwar haben sich die Finanzmärkte von der »realen Produktion« scheinbar gelöst, doch letztlich bleiben sie an sie als letzten realen Bezugspunkt für Gewinnhoffnungen gekettet. Schließlich ist ja der Inhalt des »fiktiven Kapitals« nichts anderes als die Erwartung, am Profit aus der Mehrwertproduktion teilzuhaben. Zwar hat sich die Eigentumstitelproduktion im rasanten Tempo von der realen Produktion entkoppelt (z.B. wird das Weltsozialprodukt auf 50 Billionen Dollar geschätzt, die Finanztitel auf über 600 Billionen), aber sie ist eben immer nur »fiktive« Produktion. Seit dem Platzen der Immobilien-Blase 2008 sehen wir, wie die Zentralbanken in der Eurozone, in Großbritannien, Japan, den USA usw. versuchen, die Entwertung des fiktiven Kapitals zu verhindern, indem sie dessen Produktion durch Staatstitel weiter ankurbeln. Da die Zentralbanken selber Akteure auf dem Markt für fiktives Kapital sind, bedroht die Entwertung der Eigentumstitel das Geldmedium selber. Geld ist aber nicht nur ein Symbol, ein Zeichen, wie die Volkswirtschaftslehre fälschlicherweise behauptet. Eine Entwertung des Geldmediums in Form einer Hyperinflation hätte für die kapitalistische Reproduktion katastrophale Folgen. *»Die Frage ist nicht, ob die postfordistische Mirakelökonomie an diesem inneren Widerspruch zerbricht, sondern wann dieser Zeitpunkt erreicht ist und wie die Verlaufsform dieses Zerbrechens aussieht.«*

Die Autoren sehen dabei keinen plötzlichen Zusammenbruch, sondern einen langsamen, für Natur wie die überflüssigen Menschen zerstörerischen Zerfallsprozess voraus. »(...) *Klar ist jedoch, dass die Krise innerhalb der kapitalistischen Logik nicht aufzuhalten oder gar rückgängig zu machen ist, sondern nur durch die Aufhebung dieser Logik durch eine soziale Emanzipationsbewegung gestoppt werden kann.« »Allerdings ist für Marx die kapitalistische Warenproduktion gleichbedeutend mit der ständigen Reproduktion der Arbeiterklasse, Produzenten, getrennt von den Produktionsmitteln, und der Kapitalistenklasse, der die Produktionsmittel gehören.* Wenn es diese Klassen gibt, muss man nicht nebulös von ‹emanzipatorischen Bewegungen› sprechen.

Ende des Kapitalismus?

Mit der »Krise der Wertproduktion« und der Analyse des »inversen Kapitalismus« haben die Autoren einen sehr beachtenswerten Beitrag zur aktuellen Krisendiskussion geleistet. Für sie ist allerdings auch mit dem »inversen Kapitalismus« die quasi letzte Stufe des Kapitalismus erreicht. Wenn dieser zusammenbreche, sei der Kapitalismus endgültig am Ende.

Diese Schlussfolgerung ergibt sich gewissermaßen zwingend aus ihrer vorgelegten Analyse. Allerdings hat die Geschichte gezeigt, dass schon mehrere Generationen marxistischer und anderer Beobachter dem Kapitalismus seine finale Krise vorhersagten, wobei man später immer feststellen musste, dass der Kapitalismus unglaublich wandlungsfähig und integrationsfähig war. Z.B. war für die Generation von Lenin der erste Weltkrieg so etwas wie der finale Countdown. Die Generation von Thalheimer hielt nach dem 2. Weltkrieg einen Aufschwung, wie ihn der »Fordismus« brachte, für undenkbar. Jedes Mal erschuf sich der Kapitalismus quasi neu, die alten Analysen entpuppten sich z.T. als zeitbedingt und gingen mit der entsprechenden kapitalistischen Phase unter, wenn sie auch teilweise noch in manchen Köpfen weiterleben. Insofern sollte man mit der »finalen Krise« des Kapitalismus weiterhin sehr vorsichtig sein.

P., Hamburg, F., Kassel / abgeschlossen 3.3.2013 ■

■ **Zur vorhergehenden Buchbesprechung**

Politische Klarstellung

Die vorliegende Buchbesprechung zu *»Lohoff/Trenkle, Die große Entwertung«* rührt an das Selbstverständnis der Gruppe Arbeiterpolitik. Die beiden Autoren schreiben als Mitglieder der Gruppe Krisis von einem politischen Standpunkt aus, der unserem in entscheidenden Punkten direkt entgegensetzt ist. Die Veröffentlichung der Rezension hat daher bei uns eine Diskussion ausgelöst, wie mit dieser politischen Frage umzugehen ist.

Auf der einen Seite stehen diejenigen, die meinen, es komme nicht darauf an, welchen Standort ein Autor allgemein habe, wenn das, was er zu einer bestimmten Frage schreibe, für sich genommen in Ordnung sei. Mir ist das zu oberflächlich und fahrlässig. Dieser formalen Sichtweise will ich die inhaltliche Auseinandersetzung gegenüberstellen. Der Standpunkt der Gruppe Krisis durchzieht auch das hier besprochene Buch, wenn auch manchmal nur unterschwellig erkennbar, und deshalb wäre in der Rezension eine entsprechende Trennlinie einzuziehen.

Diese Abgrenzung ist notwendig, weil der Standpunkt der Gruppe Krisis von unserem grundsätzlich entfernt ist, wir ihn nicht teilen und das auch in Zukunft nicht tun werden. Mit einer Unterstellung, dass man sich mit Positionen anderer Gruppen gar nicht auseinandersetzen dürfe, hat das nichts zu tun, im Gegenteil: Man darf sich nicht davor drücken. Aber man muss es dann mit aller Deutlichkeit tun.

Zum Selbstverständnis der Gruppe Arbeiterpolitik

Man muss das Rad nicht neu erfinden. Statt eines neu formulierten Textes bringe ich hier Auszüge von unserer Internetseite (dort zu finden unter »Wer wir sind«):

»Die Gruppe Arbeiterpolitik existiert seit 1947. ... Die Gründer der Gruppe Arbeiterpolitik bezogen sich in ihrem Selbstverständnis auf eine kommunistische Tradition, deren Wurzeln im Spartakusbund und damit in der deutschen Arbeiterbewegung liegen. Diese Linie fand ihre Fortsetzung in der zur Jahreswende 1918/19 gegründeten KPD und ab Herbst 1928 in der Kommunistischen Partei Deutschland - Opposition (kurz: KPD-O). ... Neben der Gruppe Arbeiterpolitik ist dieses Selbstverständnis von kommunistischer

Politik noch in der Gruppe Arbeiterstimme lebendig. Sie ging aus einer Abspaltung Anfang der 70er Jahre hervor.

Für beide ist zentraler Bestandteil ihrer Überzeugung, dass die Arbeiterklasse eine von den bürgerlichen Parteien unabhängige Bewegung selbst schaffen muss. Die Kommunisten müssen aktiver Teil dieser Entwicklung sein und durch Analyse und Aufklärung auf marxistischer Grundlage einen Beitrag zur politischen und organisatorischen Formierung der Lohnabhängigen leisten. ...

Die Lohnabhängigen sind heute politisch desorientiert und ohne Klassenbewusstsein. Ursache dafür ist in Westdeutschland die Nachkriegsentwicklung mit ihrem wirtschaftlichen Aufschwung, den Konzessionen der wieder erstarkten herrschenden Klasse Deutschlands an die Lohnabhängigen, dem Antikommunismus und der Stellvertreterpolitik der Sozialdemokraten und Gewerkschaften. Der Niedergang des sozialistischen Lagers hat bei vielen Linken zu Resignation und Fatalismus geführt und ihnen den perspektivischen Blick über die bürgerliche Gesellschaft, über den Kapitalismus hinaus, zunächst sehr viel schwerer gemacht. Nach dem Zerfall des sozialistischen Lagers kann das Kapital gegenwärtig nahezu grenzenlos schalten und walten. Freiwillige Zugeständnisse brauchen die Kapitalisten der Arbeiterklasse nicht mehr zu machen. Die sozialen Standards werden Stück für Stück abgebaut. Die Gewerkschaften stehen der Entwicklung hilf- und orientierungslos gegenüber. ...

Wir stehen heute vor der Frage: Wie können Kommunisten in dieser historischen Konstellation Einfluss unter den lohnabhängigen Menschen gewinnen? Die objektiven Voraussetzungen dafür schafft das Kapital nach und nach selbst durch seine krisenhafte Entwicklung. Eine Möglichkeit, um wieder Rückhalt bei den Arbeitern, Angestellten und Arbeitslosen zu finden, besteht sicher darin, die Ursachen für die instabilen gesellschaftlichen Verhältnisse aufzuzeigen. Dies wird nur gelingen, wenn wir an den praktischen Erfahrungen der Lohnabhängigen ansetzen. Ziel muss die Förderung von Klassenbewusstsein und längerfristig die Formierung einer handlungsfähigen politischen Organisation sein.

Angesichts der gegenwärtigen Offensive des Kapitals und der Formierung des bürgerlichen Lagers ist es für Kommunisten notwendig, gemeinsam die Erfahrungen der kommunistischen Bewegung aufzuarbeiten, die gegenwärtigen ökonomischen wie politischen Kräfteverhältnisse schonungslos zu analysieren und sich mit den unterschiedlichen Spielarten der zeitgenössischen bürgerlichen Ideologie auseinanderzusetzen, um einen Weg zum Sozialismus zu finden.

Unter den Bedingungen der Internationalisierung der Produktion, der massiven Ausweitung des Welthandels und des internationalen Kapitaltransfers ist dabei ein proletarisch-internationalistischer Standpunkt notwendiger denn je. Hier gilt es, die Erfahrungen und Auseinandersetzungen in den wichtigsten Ländern in die eigene Analyse einzubeziehen, Grundlinien und Grundbegriffe der neuen Weltlage herauszuarbeiten und zu einem sich intensivierenden Austausch und gemeinsamem Handeln mit den kommunistischen Kräften in den anderen Teilen Europas und der Welt zu gelangen.«

Dieses doch recht lang gewordene Zitat erscheint mir an dieser Stelle unerlässlich (vollständig s. www.arbeiterpolitik.de). Ein bloßer Verweis auf die Internetadresse wäre zu wenig, um die folgende Argumentation zu führen.

Langjährige LeserInnen der Arbeiterpolitik wissen – so hoffe ich jedenfalls –, dass diese Grundsätze den Artikeln und Berichten in unserer Zeitung und den Aktivitäten der Ortsgruppen zugrunde liegen.

Der Ansatz der Gruppe Krisis

Im Folgenden geht es nicht um eine umfassende Auseinandersetzung mit Theorie und Publizistik der Gruppe Krisis, sondern um zentrale Aspekte, die zu unserem Standpunkt in Widerspruch stehen und hier benannt und klargestellt werden sollen. Vermutlich habe ich nie unmittelbar mit einem Mitglied dieser Gruppe zu tun gehabt, aber in Diskussionen Argumentationen von SympathisantInnen erlebt, die in diese Richtung gingen und sich mehr oder weniger klar z. B. auf ihr populärstes Dokument, das *»Manifest gegen die Arbeit«*, bezogen. Dies wirkte sich auch in Organisations- und Verhaltensweisen in politischen Aktionen vor Ort aus, z.B. Erwerbslosen- oder Hartz-IV-Initiativen. In meinem Umfeld waren und sind es insbesondere (ehemalige) Linksgrüne, die von Entwicklung und Politik der Partei »Die Grünen« enttäuscht sind, sowie Aktive aus dem autonomen Spektrum, die dem sogenannten »Arbeiterbewegungsmarxismus« aus verschiedenen Gründen ablehnend gegenüberstehen. Dies sollte zumindest geklärt sein, um zu wissen, auf welches politische Milieu man hier treffen kann. Dass es regional unterschiedlich sein kann, ist bei der gegenwärtigen Zersplitterung der Linken natürlich nicht ausgeschlossen. Hier handelt es sich oft um ein buntes linksradikales Spektrum, dem intensive und teils haarspalterische Auseinandersetzungen für die Festlegung ihrer Gruppenidentitäten extrem wichtig erscheinen.

Nach ihrer Selbstdarstellung (www.krisis.org) ist Krisis *»... eine Zeitschrift, die theoretische Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft versammelt. Zweitens ist sie jedoch mehr als das, nämlich ein lose organisierter Diskussionszusammenhang von Einzelpersonen, Gruppen und Initiativen, die nicht die vorgebliche Alternativlosigkeit des kapitalistischen Weltsystems akzeptieren. ... Krisis will dazu beitragen einen breiten öffentlichen Diskurs reformulierter Kapitalismuskritik zu etablieren, der eine Verbindung zwischen unterschiedlichen radikal-oppositionellen Ansätzen, Initiativen und Aktivitäten über alle nationalstaatlichen Grenzen hinweg schafft. ... Der Krisis-Zusammenhang ist keine in irgendeiner Weise parteiähnliche Organisation, der ‹AnhängerInnen› sammeln will. Er lebt von den eigenständigen Aktivitäten der interessierten Personen und Gruppen, sei es nun die Durchführung von Diskussionstreffen und Seminaren, die Intervention in öffentlichen Auseinandersetzungen, das Verfassen von Texten oder deren Weiterverbreitung und dergleichen mehr. Die Krisis-Website versteht sich in diesem Sinne als eine Art ‹Infrastruktur› und Forum.«*

Neben den Autoren Lohoff/Trenkle war Robert Kurz die bekannteste Leitfigur und ursprünglicher Gründer der Gruppe Krisis. Sie entwickelte sich mit ihm aus einer Vorläuferorganisation der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) heraus, verließ diesen Pfad jedoch schon in den achtziger Jahren, um aus ihrer Sicht grundlegende Kritik am »Arbeits- und Klassenkampf-Fetisch« des »traditionellen Marxismus« zu üben. Im April 2004 trennte sich Kurz jedoch von Krisis und gründete eine neue Gruppe »EXIT!«, mit der er im gleichen Sinne weiterarbeitete. Am 18. Juli 2012 starb er. Seine bekannteste Veröffentlichung ist »*Schwarzbuch Kapitalismus*«.

Worum es, jenseits dieser formalen Abgrenzung, inhaltlich geht, zeigt folgende weitere Passage aus der Selbstdarstellung der Gruppe Krisis: *»Das Scheitern des traditionellen Marxismus ist für uns absolut kein Grund, marktwirtschaftlich ‹realistisch› zu werden, sondern verweist nur auf die Notwendigkeit, dessen theoretische und praktische Grenzen und Begrenztheiten zu überwinden. Eine grundsätzliche Kritik an Warenproduktion, Arbeit, Geld, patriarchaler Geschlechterordnung, Gewalt- und Herrschaftsverhältnissen ist heute dringlicher denn je, gerade weil sich das warenpro-*

duzierende System der Moderne in einem fundamentalen und unumkehrbaren Krisenprozess befindet, der weltweit ungeheure Zerstörungen anrichtet.« Krisenhaftigkeit des Kapitalismus, Notwendigkeit und Möglichkeit von dessen Überwindung bleiben trotz der Abwendung vom *»traditionellen Marxismus«* wesentliche Bestandteile der Überzeugung der Gruppe Krisis, auf der empirischen Ebene wird jedoch einiges grundlegend in Frage gestellt.

Einzelne Aspekte

Die *»fundamentale Wertkritik«*, die die Gruppe Krisis entwickelte, ist der Dreh- und Angelpunkt dieser Sichtweise. Sie geht – wie wir – davon aus, dass der Kapitalismus als historisch entstandene Produktionsweise und Gesellschaftsformation auch ein Ende finden wird. Diese zu erwartende Endkrise, nicht das konjunkturelle Auf und Ab, bestimmt sehr wesentlich ihre Annahmen und Darstellungen über die weitere Entwicklung. Auf der kategorialen (= begrifflichen) Ebene ist diese allgemeine Voraussage sehr wohl begründet, etwa durch die bereits von Marx getroffene Feststellung, dass das Kapital in seiner Verwertungslogik beständig die Wurzeln seines Reichtums untergräbt: die menschliche Arbeitskraft und die Natur. Aber sie fällt freilich immer wieder auf den Boden der Tatsachen zurück, wenn es um empirisch genauere Einschätzungen geht, an welchem Punkt, in welcher Phase wir uns gegenwärtig möglicherweise befinden (vgl. die auch in der Buchbesprechung zitierte Formulierung: *»Die Frage ist nicht, ob die postfordistische Mirakelökonomie an diesem inneren Widerspruch zerbricht, sondern wann dieser Zeitpunkt erreicht ist und wie die Verlaufsform dieses Zerbrechens aussieht«* (S. 247 im Buch).

Zu unserem politischen Erbe gehört diese Vorstellung eines zwangsläufigen Zusammenbruchs nicht. In der Plattform der KPD-O hieß es: *»Es gibt für die Bourgeoisie keine ausweglose Situation. Wenn die Arbeiterklasse versagt, dann wird die Bourgeoisie die Wirtschaftskrise auf Kosten der Werktätigen überwinden, unter Umständen durch den Sieg der äußersten Konterrevolution.«*

Für unseren Zusammenhang interessant ist also die Frage, wie (und durch wen) sich ein Ende des Kapitalismus vollziehen wird und was daraus wird. Der »traditionelle Marxismus« hatte bekanntlich eine Antwort darauf: Das »revolutionäre Subjekt« ist die Arbeiterklasse, und die nachfolgende Gesellschaftsformation ist der Sozialismus. Die Gruppe Krisis lehnt diese Perspektive ab, und hier nimmt der Widerspruch zu unserer Auffassung konkrete Gestalt an. Die Feststellung von Marx, wonach der Mehrwert unbezahlte Mehrarbeit durch die Arbeiter sei, führt nach Kurz zu der falschen Konsequenz, dass es ausreiche, den vollen Wert für die Arbeiterklasse zu fordern – Grundlage eines Arbeiterreformismus, der von einer zukünftigen Gesellschaftsordnung nichts anderes erwarte als soziale Gerechtigkeit und demokratische Planbarkeit von Produktionsprozessen. Das eigentliche Problem sei jedoch die Herrschaft der »toten Arbeit« über die »lebendige«, wodurch die Gesellschaft geformt werde, nicht umgekehrt.

Krisis reiht sich damit ein unter diejenigen Gruppierungen und Autoren, die – aus welchen Motiven auch immer – den »Abschied vom Proletariat« nehmen, eine grundlegende Abrechnung mit dem Traditions- bzw. *»Arbeiterbewegungsmarxismus«* vollziehen. Kapital und Arbeiterklasse seien keine Antagonismen, sondern zwei Seiten des Ausbeutungssystems (unter dessen Restriktionen und Zwängen ja auch Kapitalisten und Manager selbst zu leiden hätten). Die Arbeiterklasse sei aufgrund des *»Lohn- und Arbeitsfetischismus«* (im *»Manifest gegen die Arbeit«* tritt dieser personifiziert als *»Arbeitsgötze«* auf) nicht das Subjekt zur Aufhebung der kapitalistischen Vergesellschaftung. Ganz im Gegenteil, sei sie aufgrund dieser Befangenheit sogar ein Haupthindernis für die revolutionäre Lösung der Krise.

So ist es nicht weiter überraschend, dass die Frage nach dem politischen Subjekt für den Ausweg aus der kapitalistischen Endkrise, wenn sie denn kommt, grundsätzlich ungeklärt bleibt bzw. verschieden beantwortet wird. Im *»Manifest gegen die Arbeit«* sind es die – ansonsten undefinierten – *»Gegner der Arbeit«*. Ein weiterer Begriff ist die *»Post- oder Antipolitik«*: Es gehe nicht um die *»Besetzung«*, sondern die *»Ausschaltung der Machtzentralen«*. Letztlich setzt Krisis damit auf unbestimmte *»soziale Emanzipation«*, auf *»gesellschaftliche Selbstorganisation jenseits der kapitalistischen Ökonomie«*, die mit Erläuterungen wie *»unmittelbare Gesellschaftlichkeit«* und *»befreite Tätigkeit«* auch nicht klarer wird. Das Ganze erscheint als Ausstiegsideologie ohne näher definierte Bewegung, hier mit marxistischer Begrifflichkeit hergeleitet. Bei Lohoff/Trenkle heißt es dazu: »... klar ist jedoch, dass die Krise innerhalb der kapitalistischen Logik nicht aufzuhalten oder gar rückgängig zu machen ist, sondern nur durch die Aufhebung dieser Logik durch eine soziale Emanzipationsbewegung gestoppt werden kann« (S. 108).

Diesem Zitat wird in der Buchbesprechung am Ende ein Beitrag aus unserer internen Diskussion entgegengehalten: »Für Marx ist die kapitalistische Warenproduktion gleichbedeutend mit der ständigen Reproduktion der Arbeiterklasse, Produzenten, getrennt von den Produktionsmitteln, und der Kapitalistenklasse, der die Produktionsmittel gehören. Wenn es diese Klassen gibt, muss man nicht nebulös von ‹emanzipatorischen Bewegungen› sprechen.« Insofern hat unsere Debatte wohl eine Klarstellung erreicht.

Als weiterer Punkt wäre noch die mit dem Vorstehenden zusammenhängende Einschätzung der historischen Periode des Sowjetsozialismus zu erwähnen, die von der unsrigen ebenfalls grundsätzlich verschieden ist.

Das »Manifest gegen die Arbeit«, in dem dies alles im Jahre 1999 zusammengefasst wurde, erschien als zentrales Dokument der Gruppe Krisis, wurde in viele Sprachen übersetzt und zierte bis Ende 2012 die Startseite ihres Internetauftritts. Inzwischen ist es von dort auf eine der Themenseiten verschoben worden. Ob damit eine inhaltliche Neubewertung verbunden ist, kann von hier aus nicht beurteilt werden, festzustellen ist jedoch, dass das Buch »Die große Entwertung« eben auch von diesen Inhalten bestimmt ist.

Die große Entwertung

Aus dem bisher Gesagten sollte schon hervorgehen, dass ich auch die folgende die Buchbesprechung einleitende Aussage nicht akzeptieren kann: *»Lohoff/Trenkle liefern hier einen neuen Denkansatz, der zu teilweise überraschenden und verblüffend überzeugenden Ergebnissen führt, was die Analyse der gegenwärtigen Krise betrifft.«* Viele Autoren haben zur Debatte der Periodisierung der kapitalistischen Entwicklung seit den siebziger Jahren ihren Beitrag eingebracht. Freilich will ich hier keine alternative Besprechung verfassen.

Auch in *»Die große Entwertung«* kommt die Arbeiterklasse als eigenständiger Faktor nicht vor, es sei denn in einigen wenigen Bemerkungen in der o. a. negativen Weise (S. 9, 16/17, 106/107, 292 und 293). Wer aber den Kampf verschiedener Klassen ausblendet, der muss zu politischen Schlussfolgerungen kommen, die nicht unsere sind, und wer *»die Krise«*, die *»Endkrise«* gar, quasi zum Selbstläu-

fer erklärt, neigt zu falschen Vorstellungen über die ökonomischen Dimensionen der Krise, eben der überzogenen Zusammenbruchsphantasie. Faktoren, die bisher das Überleben des Kapitalismus in schwersten Krisen ermöglichten, werden dann ausgeklammert oder fehlinterpretiert. Dies betrifft hier z. B. das Verhältnis von realem und fiktivem Kapital.

Der Begriff *»Realkapital«* ist üblich geworden, obwohl Marx selbst ihn nicht gebrauchte. Es geht hier in Abgrenzung zum reinen Finanzkapital (Kredit, Spekulation) um die Produktion von Realem, nämlich Waren mittels Handarbeit und Maschinen, also um *»Industriekapital«* bzw. Kapital schlechthin. Die weitere Aufteilung in konstantes und variables Kapital, in fixes und zirkulierendes Kapital, die Wertbildung durch die Arbeitskraft etc. müssen hier als bekannt vorausgesetzt werden.

Dem Realkapital in seiner Funktion untergeordnet ist das Finanzkapital. Es ist freilich Kapital in dem Sinne, dass auch mit seinem Umlauf aus Geld mehr Geld gemacht werden soll. Für den Kapitalisten bzw. den Anleger ist es grundsätzlich egal, auf welche Weise es vermehrt wird, ihm kommt es eher auf die Höhe der Rendite an. In der Funktion ist aber wesentlich, dass das Bankkapital an das Realkapital angebunden ist, weil sein Profit im Ursprung nur ein Teil von dessen Mehrwert ist. Offensichtlich ist damit auch, dass der Bankenprofit prinzipiell kleiner sein muss als der gesamte in der *»Realökonomie«* erwirtschaftete Profit, weil der industrielle Kapitalist sein Geschäft gleich aufgeben könnte, wenn er alles an die Banken abliefern müsste. Das erkennen auch Lohoff/Trenkle an, sie leiten daraus ihr Krisenszenario ab.

Dieser Zusammenhang scheint sich bekanntlich gerne im Nebel spekulativer Geschäfte aufzulösen. Da ohne den Kredit als Schmiermittel des Geld- und Warenumlaufs die kapitalistische Produktion nicht laufen würde, erscheint die Macht der Banken als unheimlich; schon Marx sah sich genötigt, darauf einzugehen: *»Das Kapital erscheint als mysteriöse und selbstschöpferische Quelle des Zinses, seiner eigenen Vermehrung«* (Kapital III, MEW 25, S. 405)« und als *»... die Mutter aller verrückten Formen ...«* (Kapital III, MEW 25, S. 483). Je weiter aus dem simplen Bankkapital ein allumfassendes Finanzkapital wurde, desto *»künstlicher«* und *»verrückter«* wurde es: Immer höhere Renditevorgaben erscheinen völlig selbstverständlich. Das »fiktive Kapital« verselbständigt sich scheinbar und erhält Macht über den Produktionsprozess und die Gesellschaft.

So ist an den Beschreibungen dieses Machtverhältnisses und seiner Auswirkungen bei Lohoff/Trenkle und in der vorliegenden Buchbesprechung auch aus meiner Sicht vieles richtig. Ein Großteil des fiktiven Kapitals konnte genutzt werden, die Investitionen in der Realwirtschaft auszuweiten, so dass diese auch dann noch ausgedehnt werden konnte, als die tatsächlichen Rahmenbedingungen längst Warnsignale aussandten. Die Krise musste dann umso schwerer ausfallen.

Aber die Relationen sind bei Lohoff/Trenkle verdreht: Der entscheidende Punkt ist, dass der Einsatz von fiktivem Kapital nur ein Zusatz ist. Der globalisierte Kapitalismus hätte nie zu dem werden können, zu dem er geworden ist, wenn die Realwirtschaft sich nicht so umfassend verändert hätte (strukturell: z. B. Mikroelektronik; räumlich: u.a. das ehemalige sozialistische Lager). Die Bourgeoisie findet ihre Wege, wie das obige KPD-O-Zitat besagt.

Genau an dieser Stelle gehen Lohoff/Trenkle (und leider auch die Buchbesprechung) fehl, weil sie den »Zusatz« zur Hauptsache machen. F., Hanau / 9. Februar 2013 ■

■ UNTERM STRICH

Der Bundestagswahlkampf beginnt: Steinbrück/Schmidt zur Rolle der Gewerkschaften

Helmut Schmidt/Peer Steinbrück: »Zug um Zug«
318 Seiten, Verlag Hoffmann und Campe, September 2011

Die 2011 erfolgte Herausgabe des Buches »Zug um Zug« von Peer Steinbrück und Helmut Schmidt ist Auftakt für die Positionierung Peer Steinbrücks als SPD-Kanzlerkandidat zur Wahl im September. Die beiden Politiker werfen sich in diesem Dialog-Buch »die Bälle zu«, wenn es um ökonomische Fehlentscheidungen der bisherigen Regierungen geht. Sie sind sich aber auch in generellen Fragen zur Einschätzung der aktuellen gewerkschaftliche Situation und der DGB-Gewerkschaften einig. In welche Richtung die SPD auf Tarifpolitik und Rolle der Gewerkschaften in künftigen sozialen Fragen Einfluss nehmen wird, kommt in nachstehenden Zitaten zum Ausdruck. *die Red.* ■

Seinbrück (S. 114): Gelitten habe ich allerdings unter dem Radikalenerlass, den ausgerechnet Willy Brandt in die Welt gesetzt hat. … Dieser Radikalenerlass hat mich Mitte 1976 vier Monate arbeitslos gemacht, weil ich 1972 während meines Studiums in Kiel in einer politisch völlig harmlosen Wohngemeinschaft lebte, in der ausgerechnet ich die linkeste Figur war. Diese WG war eines Tages dem schleswig-holsteinischen Verfassungsschutz als verdächtig gemeldet und im Mai 1972 von 15 Polizisten gestürmt worden. Die Folge war, dass ich anschließend, obwohl ich lediglich als Zeuge in einem dann eingestellten Verfahren auftauchte, in einer Kartei des Verfassungsschutzes ein Eigenleben führte.

Schmidt: Und Sie können Gift daraufnehmen, Peer, dass Sie immer noch in der Kartei sind. Viele Landesregierungen haben damals den von ihnen mitbeschlossenen Erlass in einer üblen Weise praktiziert.

Schmidt (S. 116): Es hat gegen Ende der fünfziger Jahre eine Reihe von Themen gegeben, die wir hin und her bewegt haben. Ein Thema war die Entthronung des Marxismus. Das berühmte Godesberger Programm von 1959 hat den Marxismus zwar nicht beiseite geschoben, aber es hat ihn in den gleichen Rang heruntergestuft wie das Prinzip der Markt-

wirtschaft, und in den gleichen Rang wie das Prinzip des Sozialstaats ...

Steinbrück (S. 124): Dass die Sozialdemokratie nicht dafür belohnt worden ist, was sie mit der Agenda 2010 zustande gebracht hat, liegt teils an ihr selbst, weil sie sich selbst dementiert und sich sogar von den Erfolgen verschämt distanziert hat. Dass sich die SPD die Reformagenda zusammenschießen ließ auf die Chiffre Hartz IV, ist einer der großen Fehler in der innerparteilichen Debatte gewesen, und daran waren einige Gewerkschaften nicht ganz unbeteiligt.

Schmidt : Das ist sehr freundlich ausgedrückt.

Steinbrück: Es war schwer erträglich. Aber Reformen sind der Sozialdemokratie nie mit politischer Anerkennung und politischem Zuspruch gedankt worden. Sie ist eher durch eine weitere Auflösung ihrer Stammwählerschaft dafür bestraft worden. Es kennzeichnet denn auch die innere Gemütslage der SPD, zu wissen, man ist der nützliche Idiot. Ich erinnere mich an Überschriften in den Jahren 2000 und 2001: Der kranke Mann in Zentraleuropa – so wurde Deutschland damals bezeichnet – muss endlich in ein Trainingscamp und wieder fit gemacht werden . . . Was Schröder dann ex cathedra verkündete in einer Regierungserklärung im März 2003, fand vor diesem Hintergrund statt: dass viele dieses Deutschland als unbeweglich betrachteten, als ein Land auf dem absteigenden Ast, verkrustet, überaltert und reformunfähig. Das war die Lage, in der unüberhörbar der Ruf immer lauter wurde, ein Reformprogramm zu verabschieden. Das Ergebnis war die Agenda 2010 . . .

Schmidt: Richtig ist, dass die Agenda 2010 im Prinzip dringend notwendig war. Dass sie schlecht verkauft, nicht verteidigt und nicht erklärt worden ist, steht auf einem anderen Blatt. Richtig ist auch, dass eine Agenda 2010 niemals von der CDU/CSU erfunden und verkündet und durchgesetzt worden wäre. . . .

Schmidt (S. 139): Ich habe noch ein anderes Problem, was den Arbeitsmarkt angeht, ein grundsätzliches. Ich bezweifle, dass es vernünftig ist, den beiden Monopolisten – sprich Arbeitgeberverband und Gewerkschaft – von Gesetzes wegen eine Monopolstellung einzuräumen

Steinbrück: Das wäre die Aufhebung der Tarifautonomie

Schmidt: Ich bin für die Tarifautonomie, aber ich zweifle an der gesetzlichen Bestimmung, dass der Bundesminister für Arbeit und Soziales das Recht und die Pflicht hat, einen geschlossenen Tarifvertrag nachträglich für allgemeinverbindlich zu erkennen. Das ist der Gegenstand meines Zweifels. Und dann diese Sucht, alles zu regulieren!

Schmidt (139) : Ich bin für die Tarifautonomie, aber ich zweifle an der gesetzlichen Bestimmung, dass der Bundesminister für Arbeit und Soziales das Recht und die Pflicht hat, einen geschlossenen Tarifvertrag nachträglich für allgemeinverbindlich zu erkennen. Das ist der Gegenstand meines Zweifels. Und dann diese Sucht, alles zu regulieren!

Als ich mich einmal – das liegt einige Jahre zurück – mit Lohntarifverträgen und Manteltarifverträgen beschäftigt habe, fand ich durch Zufall heraus, dass im Land Niedersachsen allein vier verschiedene Tarifverträge für das Friseurhandwerk für allgemeinverbindlich erklärt worden waren, für vier verschiedene Tarifbezirke vier verschiedene Löhne. Daraufhin habe ich mich erkundigt, ob es auch für Hamburg so einen Tarifvertrag gab. Ja, gab es. Dann habe ich die Friseure gefragt . . . Der eine hat gesagt, für das Geld kriege ich hier überhaupt keinen, ich muss viel mehr zahlen. Der andere hat gesagt: Wie komme ich dazu, einen solch riesenhaften Lohn zu zahlen? Keiner hat den für allgemeinverbindlich erklärten Tarif befolgt. Diese Sucht, alles und jedes zu regulieren, lädt dazu ein, den Tarifeur, der den Tarif zum Gesetz macht, zu hintergehen.

Steinbrück (S. 140): Da ist was dran. Aber die angestellten Friseure sind kein gutes Beispiel. Weil sie schlecht verdienen, sollten sie entsprechend viel Trinkgeld kriegen. Bei meinem steht ein dickes Sparschwein neben der Kasse, und was ich da reinschmeiße, wird an die Mitarbeiter verteilt.

Schmidt: Um es noch einmal klar zu sagen, ich bin keineswegs gegen die Tarifautonomie, im Gegenteil. Aber das Schlagwort wird auch dazu benutzt, die Monopolstellung der Gewerkschafts- und der Arbeitgeberzentralen zu untermauern. Weil ich für die Tarifautonomie bin, bin ich auch dafür, dass es Unternehmenstarife geben darf.

Steinbrück: Tut es ja auch.

Schmidt: Nicht durchgängig. In der Chemie zum Beispiel gibt es keine Unternehmenstarife.

Steinbrück: Das ist nun allerdings die vernünftigste Gewerkschaft der Welt, die IG BCE.

Schmidt: Ja, das unterschreibe ich.

Steinbrück: Ich war früher in der IG Metall, und dann habe ich eines Tages den Kanal voll gehabt – für sozialdemokratische Positionen immer wieder von denen verbal verprügelt zu werden! Teile der IG Metall haben massiv gegen uns Dampf gemacht und einige ihrer Verwaltungsstellen der Linkspartei geöffnet.

Schmidt: Dass die Gewerkschaftszentrale und einige Unterzentralen der IG Metall sich für politisch berufen gefühlt haben, zum Beispiel die Partei der Linken ins Leben zu rufen, zum Beispiel die Politik der Regierung, der Sie angehört haben, zu unterminieren, war in meinen Augen skandalös. Teile der IG Metall haben da einen politischen Einfluss ausgeübt, der ihnen nicht zustand.

Steinbrück: Dem widerspreche ich nicht. Das war einer der Gründe, warum ich da ausgetreten und in die IG BCE eingetreten bin.

Schmidt: Ja, ein Einfluss, der ihr wirklich nicht zustand. Zu dem sie auch nicht legitimiert war durch irgendeine Volksabstimmung oder eine Parlamentsabstimmung. Ich habe Zweifel, was die IG Metall angeht. Wir haben Glück, dass wir in Berthold Huber zurzeit jemanden haben, der Augenmaß hat und über die Interessen seiner Gewerkschaftskollegen hinausdenkt. Da kommt demnächst allerdings wieder ein Wechsel. Man kann sich nicht vorstellen, was auf den Gewerkschaftsschulen der IG Metall an Klassenkampfparolen verbreitet worden ist. Da ist eine Machtposition entstanden, die einen mit Besorgnis erfüllen kann.

Steinbrück: Ich habe mitgekriegt, wie die IG Metall und die ver.di-Leute 2003, 2004, 2005 gegen uns mobilgemacht haben.

Schmidt: Ich bin immer noch Mitglied bei ver.di, ich zahle Rentnerbeiträge

Steinbrück: Das hätte ich nicht gedacht!

Schmidt: Es besteht gar kein kein Zweifel, Peer, dass die Gewerkschaften eine stabilisierende Rolle gespielt haben im Laufe der letzten sechzig Jahre, gar kein Zweifel. Aber! Zum Beispiel heute vor 35 Jahren, etwas mehr, habe ich erlebt, wie ein Gewerkschaftsboss – damals ein Freund von mir, Heinz Kluncker – den Willy Brandt genötigt hat, und zwar mit Erfolg. Die tatsächliche Lohnerhöhung für den öffentlichen Dienst von einem Jahr zum anderen lag, richtig ausgerechnet, über 13 Prozent, völlig verrückt.

Ich war Finanzminister und musste das ertragen, musste es auch bezahlen. Ein Jahr später war ich Regierungschef, und Heinz Kluncker kam zu mir und sagte: *»Helmut, ich verlange 15 Prozent.«* – Und ich sagte gleich zu ihm: *»Du kannst mich am Arsch lecken!«* So drastisch haben wir uns unterhalten. Wir kannten uns seit 1946. Und dann

sagte er: *»Dann lass ich die Mülltonnen ungeleert auf den Straße stehen.«* da habe ich gesagt: *»Dann gehe ich ins Fernsehen und sage dem deutschen Volk, dass du das Oberschwein bist, das für diese Sauerei auf den Straßen verantwortlich ist. Dann wollen wir mal sehen, wer sich durchsetzt.«* Ich habe mich unnachgiebig verhalten, er hat nachgegeben. Wenn er nicht nachgegeben hätte, weiß der Kuckuck, was daraus entstanden wäre.

Das heißt, die Machtposition eines Gewerkschafters an der Spitze von ver.di oder IG Metall geht über das hinaus, was die Verfassung, was das deutsche Grundgesetz unter dem Gesichtspunkt der Rechte des Einzelnen den Bürgern zubilligt.

Steinbrück: Das sind die zwei Seiten einer Medaille. Erstens: Sie haben recht, dass die Gewerkschaften und Betriebsräte in den letzten Jahren enorm stabilisierend gewirkt haben; sie haben es knurrend sogar hingenommen, dass darüber die reale Lohnentwicklung für einen bestimmten Teil der Arbeitnehmerschaft negativ gewesen ist. Ich komme deshalb zu dem Ergebnis, dass die Gewerkschaften mit Blick auf die jetzige Lage jede Unterstützung verdienen, ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern höhere Löhne zu verschaffen, die den tatsächlichen Produktivitätsfortschritt in der jeweiligen Branche plus einen Inflationsausgleich widerspiegeln müssen. Das ist vollkommen in Ordnung. Das ist ihre Forderung, mit der sie antreten müssen und die ich für meinen Teil – unter Anerkennung der Tarifautonomie – auch immer unterstützen würde.

Aber auf der anderen Seite verträgt es sich nicht mit meinen Vorstellungen von einer stolzen SPD, dass sie als Verwandte von manchen Gewerkschaftsvertretern nicht selten stärker angegriffen oder kritisiert wird als die CDU/CSU. Ich bin Leidtragender gewesen, ich habe mitgekriegt, wie sie uns 2003 und in den darauffolgenden Jahren bei 1.-Mai-Veranstaltungen angegangen sind. Ich werde nie vergessen, wie sie mobilisiert haben gegen Schröder und Clement und mich und mir meinen Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen aufgemischt haben. Ich habe erlebt, wie manche Gewerkschaftsvertreter in den SPD-Gremien und im Gewerkschaftsrat massiv das Wort erhoben – und dann im Kanzleramt gegenüber Frau Merkel von einer ausgesuchten Höflichkeit und dann fast nicht zu verstehen waren. Zu dieser Zeit haben sich auf einem DGB-Bundeskogress einige Delegierte demonstrativ mit dem Rücken zur Bühne gestellt, als Franz Müntefering sprach. ■